



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

115 (10.3.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-164109](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-164109)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung, 341 Redaktion, 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 115.

Mannheim, Dienstag, 10. März 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 12 Seiten.

Das Universitätsstudium der Volksschullehrer.

Von Landgerichtsdirektor Dr. v. Campe in Hildesheim, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Wiederholt, daß so manche Forderungen, denen innere Berechtigung klar zu Tage liegt, sich nicht durchzusetzen vermögen, trotz Jahre langer Kämpfes. Die Notwendigkeit einer Reform des preussischen Wahlrechts wird sogar schon jenseits der konservativen Grenzpfähle anerkannt, aber Jahr um Jahr vergeht; das Schwergewicht des Bewerdens schnell noch nicht eintrifft. — Wiederholt, vielleicht auch natürlich, daß jede neue Idee, die um Sieg ringt, sich selbst nur zu oft den Sieg erschwert. Der Glaube an die Wahrheit pflegt mit Uebertreibungen Hand in Hand zu gehen; Uebertreibungen rüchten sich immer noch in dieser harten Welt. Weibes gilt von der Forderung des Universitätsstudiums der Volksschullehrer.

Unter Volksschullehrern drängt in irgendeiner Weise zur Universität, der Quellstätte der Wissenschaft, in Beziehung gesetzt zu werden. Die Zeiten, da Handwerker und Unteroftiziere im Nebenamt „Schulmeister“ spielten, sind seit einem Jahrhundert vorüber — und ein Wort, wie es noch vor wenigen Jahrzehnten gar von kompetenter Stelle fiel, das Wort, daß der Lehrer nicht viel mehr zu wissen brauche, als er zu lehren habe — es wäre heute nicht mehr möglich. Der Lehrerstand ist erwacht. Er will Anerkennung und hat Anspruch darauf. Er will volle Wertschätzung nach der großen Aufgabe, die er zu erfüllen hat. Rund 11 Millionen Kinder sind ihm im Deutschen Reich anvertraut — der größte Schatz, den unser Volk hat, vor dem selbst die Milliarden und Abermillarden schwinden, die es in hartem Kampfe geschaffen und erworben hat.

Nicht um des Lehrers — um der Schule, um unserer Kinder, um des ganzen Volkes und seiner Zukunft willen sehen wir der Frage ins Auge. Fraglich nur, in welchem Umfange die alma mater ihre Pflichten erfüllen soll. Seit 1849, soweit ich sehe, kämpft die deutsche Lehrerschaft um Zulassung zur Universität. Der Kampf hat dann lange gedauert. Seit 1898 wird er lebhafter und 1904 fordern die Königsberger Beschlüsse allgemeine Zulassung zur Universität.

Seit diesen Jahren tobt der Kampf in Lehrer-versammlungen und Parlamenten, in Wort und Schrift. Der jüngste Lehrertag zu Posen hat wiederum dazu Stellung genommen. Fast alle größeren deutschen Staaten haben in irgendeiner Form das Bedürfnis inzwischen anerkannt; voran das Königreich Sachsen, das dreijähriges Studium gewährt und eine Abschlußprüfung eingerichtet hat mit Anforderungen gleichwertig der des philologischen Staats-examens. Auch Weimar und die sächsischen Herzogtümer lassen ein Studium bis zu drei Jahren zu; Hessen verlangt für die Prüfung mindestens drei Jahre Studium; ähnlich Oldenburg, Bayern verlangt vier Semester. Württemberg 2½ Jahre. Von Fall zu Fall wird hier und da gar ein vierjähriges Studium gestattet. Bald gibt die Prüfung nur die Berechtigung zum Seminarstudium, bald — so in Württemberg — auch für den Schulaufsichtsdienst. Bedingung der Zulassung ist zumeist ein mindestens mit „gut“ bestandenes Lehrexamen und praktische Bewährung. Auf Einzelheiten ist hier nicht der Ort einzugehen. — Preußen hat sogenannte Kurse eingerichtet, zuerst 1898 in Berlin, später noch in Posen und jetzt einen dritten in Münster. Es werden nur je 30 Kandidaten zugelassen. Die Kurse sollen bald der Fortbildung der Seminarlehrer, bald, so jetzt seit 1912 zur Vorbereitung auf den Seminarstudium dienen. Eine eigentliche Abschlußprüfung ist erst 1912 eingerichtet. Die Kurse sehen nur in losem Zusammenhange mit der Universität. Ihre Dauer hat geschwankt. Vier, fünf, neun Monate, ein, einsechshalb, zwei Jahre; charakteristisch ist, daß man nicht etwa nach und nach die Dauer verlängert, sondern die frühere längere Dauer später auch eingeschränkt hat. Eine Verlängerung — jetzt auf zwei Jahre — und die Einrichtung der Abschlußprüfung ist erst auf Drängen des Parlaments erreicht.

Die jetzigen Einrichtungen sind unzureichend, das gilt insbesondere von den preussischen, die bis dahin oft ein gewisses Latenz, einen Mangel an sicherer Zielsicherung und sicherer Wahl der Mittel erkennen ließen, wenn auch im letzten Jahre ein tüchtiger Schritt vorwärts getan ist.

Ich sage: jeder gute Gedanke trägt die Tendenz heftigerer Verallgemeinerung in sich und gefährdet so praktischen Sieg. Indem die Königsberger Beschlüsse des deutschen Lehrertages gegen den Rat des erfahrenen und verdienten Rathes ganz allgemein die Universität als die geeignete Lehrerbildungsstätte bezeichneten und gleichzeitig für die Zukunft Hochschulbildung für alle Lehrer, für die Zeit-

zeit aber schon auf Grund des Seminarzweckes unbedingte Zulassung zur Universität forderten, ist man dieser Gefahr anheimgefallen. Mag sein, daß eine spätere Zeit diese Forderungen stellen wird und die Beschlüsse bezeichnen sich zum Teil ja selbst als Zukunftsforderungen. Mag sein, daß die Universität später einmal das Seminar erlösen oder in sich aufnehmen kann — heute glaubt erfahrene u. wohlmeinende Schullehrer das Seminar nicht missen zu können, wenn es auch verbesserungsbedürftig ist. Mein Gedankengang ist dieser:

1. Das Interesse der Volksschule — das ist und muß sein der Ausgangspunkt — fordert eine vertiefte und verbesserte Lehrerbildung. Ist das zutreffend, so ist die bessere Hand an unser Seminarwesen zu legen. Das ist nur möglich durch eine wissenschaftliche Ausbildung der Seminarlehrer. Diese kann nur an der Universität geschehen. Auch das Seminar erfordert einen möglichst einheitlichen Lehrkörper.

Dieses Bedürfnis der Volksschule begegnet sich mit einem geradezu elementaren Heißhunger der Lehrerschaft nach wissenschaftlicher Vertiefung. Man fühlt die Mängel der Seminarbildung. Mit ca. 200 akademisch und 900 seminaristisch vorgebildeten Lehrern ist das Ziel nicht zu erreichen. Forderung: Die Ausbildung der Seminarlehrer hat an der Universität zu erfolgen. Für sie ist ein aus dem Seminarstudium speziell zugeschnittenes Studium der Pädagogik zu schaffen. Ein Recht auf ein anderes Studium, Jurisprudenz, Medizin, Philologie erhalten diese Lehrer nicht.

2. Wiederum fordert das Interesse der Volksschule, daß es sich in seinen höheren Stellen möglichst auch aus sich selbst rekrutiert — ich denke da zunächst an Kreis- und Kreisoberstellen. Der Borgebote soll den gesamten Betrieb aus eigener Erfahrung kennen. Das dient der Sache. Auch dieses Ziel ist um so sicherer zu erreichen, je gründlicher die Durchbildung des Einzelnen ist. Deshalb ist auch hier Hochschulbildung zu fordern. Im anderen Falle würden hier, wie die Welt einmal ist, die Elementarlehrer doch den Philosophen und Theologen nachsehen müssen. Auch hier begegnet sich das Interesse der Schule mit dem der Lehrer nach einer Ausbildung.

3. Die für diese Zwecke geforderte Hochschulbildung muß eine vollwertige sein, d. h. gleichwertig der durch jedes andere Hochschulstudium erworbenen. Deshalb haben die jetzigen Kurse zu verschwinden. Nur so ist etwas Ganzes zu erreichen, nur so diese Bewegung zum Abschluß zu bringen.

In diesen Grenzen — Studium der Pädagogik für die höheren Stellen im Elementarunterrichtsstufen — ist die Öffnung der Universität erreichbar, zugleich aber auch eine innere Notwendigkeit. Nur so ist das Wirken vieler tüchtiger Elemente in andere Berufe zu vermeiden; nur so werden der Volksschule neue tüchtige Kräfte zugeführt.

Diese Anschauungen liegen dem neuen national-liberalen Antrag auf Zulassung der Volksschullehrer zur Universität zu Grunde. Beschränkung auf das Notwendige und Erreichbare!

Deutschland am Scheidewege.

J. S. Rom, den 10. März.

(Privat-Telegramm.)

Von einem sehr angesehenen Kammerdeputierten, der früher den Posten eines Unterstaatssekretärs für das Auswärtige Amt bekleidete, erfuhr ich, daß alle Anzeichen dafür vorliegen, daß Italien sich um das Zustandekommen eines Sonderabkommens zwischen England, Deutschland und Italien seit einiger Zeit müht. Nach diesem Gewährsmann hätte man in England mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Rußland seine Schwarze Meerflotte durch die Dardanellen fährt und im Verein mit Frankreich und Griechenland seinen Einfluß in Kleinasien noch erweitert. Diesem Beginnen gegenüber aber befindet sich England in der gleichen Lage wie Deutschland und Italien, denen an der möglichsten Schonung des türkischen Besitzes liegt. Man möchte England zunächst mit Italien wegen der schwebenden Mittelmeerfragen ins Reine kommen, vor allen Dingen gesichert sein, daß Italien im Falle eines Krieges nicht Partei gegen England nimmt.

Italien ist zu einem Sonderabkommen bereit, knüpft aber daran die Bedingung, daß dieses einen bündnisartigen Charakter annimmt und daß Deutschland in das Abkommen hineingezogen werde, um so auf alle Fälle die russischen Pläne zu vereiteln und den Weltfrieden zu garantieren. Man sagt in Rom, daß, falls

Kunst und Wissenschaft.

Der Erbauer der Peterskirche.

Zum 400. Todestag Bramantes (11. März). Von Dr. Karl Mayerhofer (München).

Raffaels, Lionardo da Vinci, Michelangelo — mit diesen drei Namen glaubte die offizielle Kunstgeschichte lange Zeit die höchste Höhe der Renaissancekunst genügend gekennzeichnet zu haben, ja, teilweise genügt sie sich, will sie die Hauptmeister jener großen künstlerischen Bewegung nennen, noch heute mit diesen drei weltbekanntesten Gestalten. Aber es geht in der Geschichte der Kunst nicht anders als in der allgemeinen: die Wucht der Tatsachen liegt am Ende doch und die Kraft, von der eine gewaltige Wirkung ausgeht, wird schließlich erkannt werden. So ist denn auch mit der Aufklärung der berühmten drei Künstlernamen durchaus nicht alles getan; wollte man wirklich die führenden Meister der Renaissance nennen, man müßte ihnen noch ganz andere zur Seite stellen, und man müßte vor allem mit eben demselben Recht wie einen von diesen dreien den großen Bramante nicht übergehen.

Diese Tatsache hat die Kunstgeschichte eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten eingesehen. Es ist einwilligen noch unbegrifflich, wie der Name und Ruhm eines Mannes, von dem eine ganz unendliche Wirkung ausgeht, so lange verbunkelt bleiben konnte. Dies hat sich erst geändert, als mit Jakob Burckhardt und seiner Schule die Erforschung der Renaissance

begann, und ein Schüler und Freund Burckhardts war es denn auch, dem die Kunstgeschichte das wichtigste Material über Bramante verdankt.

Das war Heinrich von Oeymüller. Er ist erst vor einigen Jahren gestorben, nachdem er sein ganzes Leben dem Studium der Probleme gewidmet hat, die mit dem Namen Bramante zusammenhängen. Welch ein Reichtum hier zu bewältigen war und ist, läßt sich aus der Tatsache ablesen, daß nach Oeymüllers Tod sich ein Komitee von Kunstgelehrten und Architekten aller Länder gebildet hat, das Oeymüllers Lebenswerk zu vollenden und eine umfassende Biographie Bramantes der Nachwelt zu überliefern hofft. Das Erscheinen dieses Werkes wird eines der wichtigsten Ereignisse der Kunstgeschichte sein.

Wieviel Raffaels nannte Bramante, der eigentlich Donato d'Angelo hieß, aus Urbino. Dort wurde er im Jahre 1444 geboren. Ueber seine Jugend, ja über den größten Teil seines Lebensalters fehlt jede Nachricht; Vasari, der bekannte Künstlerbiograph, der eher zu viel als zu wenig zu erzählen pflegt, wehlt über sein Privatleben so gut wie nichts zu sagen. Wie die Persönlichkeiten jener großen Architekten, die die göttlichen Dome schufen, unerforschbar und beinahe unglücklich sind, so ist uns das Menschliche an Bramante verdrängt; es ist uns verborgen, aber seine Höhen und Tiefen sind doch zu ahnen; denn wo spricht ein großer Künstler deutlicher als in seinem Werk?

Man weiß, daß Donato d'Angelo im Jahre 1472 als Ingenieur nach Mailand ging. Die

lombardische Hauptstadt, die unter der Gewalt herrschte des Roberto Moro, war damals untreulich das geistige und künstlerische, ja einige Zeit auch das politische Zentrum Italiens. Der Machthaber, dessen Ziel es war, eine große Herrschaft zu begründen, wollte sie von Anfang an, durch weithin sichtbare Schöpfungen befestigen. So betrieb er eine Kulturpolitik größten Stiles, Mailand erkund unter ihm neu. Er berief auch, ein Jahre nach Bramantes Ankunft in Mailand, Lionardo da Vinci zu sich, und es ist sicher, daß die Begegnung der beiden Männer, so selbständig sie auch waren, von der großen Bedeutung für die Entwicklung ihrer eigenen Kunst und für das Schicksal der Hochrenaissance wurde.

Der erste beachtliche Bau Bramantes in Mailand ist die Kirche Santa Maria presso San Satiro. Sie ist in kleinen Räumen gehalten; aber das Hauptcharakteristikum des Architekts Bramante: die Liebe zum Gewaltigen ist hier beinahe schon ebenso deutlich wie in der reifen Schöpfung seines Alters. Eine Vorbestimmung zu dieser letzteren ist die 1492 bis 1499 unter seiner Leitung ausgeführte Kirche Santa Maria delle Grazie, deren Refektorium beinahe ein „Bramantesches Abendmahl“ hieß. Eher Luerbau und Kuppel stammen von Bramante. Ohne daß das Dekorative vernachlässigt wäre, ist es doch der Raumdeutlichkeit völlig untergeordnet; es föhrt sie nie, es dient ihr — ganz im Geiste der anti-römischen Architektur, die Bramantes hohes Vorbild war.

Spricht man von seinem Verhältnis zur Antike, so muß man den glücklichen Umstand es

wähnen, daß er zu seinen Lehrern gerade die Männer hatte, die man als die wichtigsten Vorkämpfer der Renaissance, als die bedeutendsten Wiederentdecker und Wiedererwecker der Antik gelannt hat: Leon Battista Alberti und Mantegna. Man weiß nichts Näheres über seine Beziehungen zu ihnen, vor allem nichts über ihre Dauer, aber man weiß und man erkennt gerade aus seinen frühen Mailänder Bauten den Einfluß der beiden. Derselbe Sinn für das Ganz-Große herrscht in Mantegnas Fresken, in Albertis Architekturstudien, in Bramantes Bauten.

Damals war Oberitalien in der Kunst führend. Die Mantegna's herbe und große Art erst im Norden, dann überhaupt in Italien einen nach ihm benannten, den sogenannten mantegna'sten Stil in der Malerei hervorrief, so bestimmte Bramante während seiner acht- undzwanzigjährigen Tätigkeit in Mailand den lombardischen Baustil; die Kunstgeschichte nennt ihn den Bramantesen. Fast alle Bauten, die in Mailand von 1475 bis 1500 entstanden, hält man für seine Schöpfungen, und was außerhalb Mailands in der Lombardie und im weiteren Oberitalien geschaffen wurde, geht ganz von seiner Eigenart aus. Es ist eine Anzahl von Kirchen, Palästen, Klöstern, Kapellen, Festungsbauten, die auf Bramante und seine Schule zurückgehen, und wir zählen nur einen sehr geringen Teil von ihnen auf, wenn wir die Hauptkirche von Abbate Grasse, die Kirche zu Susto Alessio, die Incoronata zu Lodi, die Kreuzkirche zu Crema nennen und auf die vielen

das italienische Projekt scheiterte (Minister San Giuliano war bekanntlich früher Botschafter in London) Deutschland der Lösung der Dardanellenfrage durch Rußland keine weiteren Schwierigkeiten bereiten würde. Im letzteren Falle würde sich die deutsche und auch die italienische Politik mehr an Rußland anlehnen müssen, im ersteren Falle für die fernere Zukunft resolut gegen Rußland Stellung nehmen. In diesem Zusammenhang betrachtet man in Rom, wo die Bewegungen Frankreichs und Griechenlands besonders eifersüchtig betrachtet werden, die Rüstungen an der russisch-deutschen Grenze.

Bekanntlich ist das englische Mittelmeer geschwader zur Zeit Gast in Italien.

Keine neue Militärvorlage.

w. Berlin, 16. März. Die Gerüchte über eine bevorstehende neue Militärvorlage werden dem Wolffschen Telegraphenbureau an zuständiger Stelle als unbegründet bezeichnet.

Verschiedene Blätter hatten gemeldet, es würden 500 Millionen Mark zur Neubewaffnung der Artillerie angefordert werden, auf diese Nachricht bezieht sich das obige Dementi.

Für den Schutz der nationalen Arbeit.

Der Antrag der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, rechtzeitig Maßnahmen für einen wirksamen Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen bei der bevorstehenden Neuregelung der Handelspolitik zu treffen, und seine Annahme durch eine starke Majorität werden im Lager aller Parteien mit Recht als eine bedeutende Aktion gewürdigt. Die Parteien, die sich im preussischen Landtag zu dieser Rundgebung zusammengedrängt haben, werden auch im Reichstag zusammenstehen, wenn dieser vor die Aufgabe gestellt wird, einen neuen Tarif zu beschließen. Und wenn hier die entsprechende Mehrheit auch nicht so stark ist wie in der preussischen Volksvertretung, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß sie stark genug ist, alle Vorstöße in freihändlerischer Richtung abzuwehren und den bisher der nationalen Arbeit gewährleisteten Schutz aufrecht zu erhalten. Sofern die Meinung geäußert worden ist, die nationalliberale Reichstagsfraktion würde den Standpunkt der Kollegen im Landtag nicht teilen, haben wir bereits die völlige Unrichtigkeit dieser Auffassung festgestellt.

Der Erfolg des nationalliberalen Antrags liegt vor allem darin, daß er die preussische Staatsregierung zu einer Erklärung veranlaßt hat, die geeignet ist, alle Zweifel und Mißverständnisse, die sich an die Delors'sche Erklärung im Reichstag geknüpft haben, zu beseitigen. Wir haben jetzt die bestimmte Zusicherung, daß die verbündeten Regierungen schon jetzt Maßnahmen treffen, um, sobald sich durch die Kündigung der Verträge durch die anderen Staaten eine veränderte Situation ergibt, jederzeit gewappnet zu sein. Das war Zweck und Ziel des nationalliberalen Antrags. Rechtzeitig. Aber, wie der Abg. Dr. Reumer sagte, die Waffen geschärft werden, die wir brauchen, um befriedigende Handelsverträge abschließen zu können. Würden diese Waffen erst geschliffen werden, wenn von der anderen Seite die Kündigung bereits erfolgt ist, dann würde eine Ueberbahrung nicht zu vermeiden sein, in der für unser wirtschaftliches Leben eine

große Gefahr liegen würde. Die preussische Staatsregierung und mit ihr, wie angenommen werden darf, auch der gesamte Bundesrat, sind also mit der Mehrheit, die für den Antrag gestimmt hat, einer und derselben Meinung. Darin liegt eine bemerkenswerte wirtschaftspolitische Rundgebung an die Adresse des Auslandes, das erkennen muß, daß das Deutsche Reich gewillt ist, seine Wirtschaftsinteressen mit aller Energie zu wahren.

Auch nach innen ist der Beschluß des Abgeordnetenhauses von Bedeutung. Er zeigt den Weg zu unserer Schutzpöle, daß ein etwaiger Ansturm auf die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik auch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hat. Unter dem Eindruck der offensichtlichen und daher nicht zu leugnenden Erfolge der geltenden Wirtschaftspolitik hat ja auch die Gegenseite an Einfluß u. Stärke verloren, und wenn auch die Fortschrittliche Volkspartei grundsätzlich noch den Abbau der Schutzpöle erstrebt, so vertritt die Rede des Abg. Dr. Bachmeide gleich entsprechenden Verlautbarungen aus dem Lager des Handelsvertragsvereins wenig Lust, große wirtschaftspolitische Kämpfe zu inaugurations. Das ist die eine Seite der Klärung, die die Verhandlung des Antrags gebracht hat. Die andere ist die Erkenntnis, daß die Rechte mit Zentrum und Nationalliberalen zusammenwirken muß, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Dazu ist aber Voraussetzung die Vermeidung einer Politik, wie sie 1902 der Bund der Landwirte befolgt hat. Auch die kommenden Verhandlungen werden im Zeichen des gemäßigten Schutzes stehen müssen. Wenn aus dem jetzt geäußerten Zusammengehen der Parteien mit der Partien der Mitte ein Schluß auch auf das künftige Handeln gezogen werden darf, so würden wir das im vaterländischen Interesse freudig begrüßen. Damit käme der Aktion der nationalliberalen Abgeordnetenhausesfraktion die weitere Bedeutung zu, daß sie auch das Parteileben im Sinne eines Ausgleichs der Gegensätze zu beeinflussen geeignet ist. Freilich muß sich diese Hoffnung erst erfüllen. Für die Nationalliberalen bedeutet aber die Annahme dieses Weges schon jetzt einen bemerkenswerten Erfolg, weil sie damit wieder einmal durch die Tat dokumentieren, daß sie die Interessen der Allgemeinheit im gegebenen Augenblick immer über die der Partei zu stellen gewillt sind.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. März.

Zur Frage des Befähigungsnachweises in der Binnenschifffahrt.

In einer Sitzung, die der Ausschuß des Partikular-Schiffer-Berbands „Jus et Justitia“ E. B. am 6. März in Köln unter dem Vorsitz des 2. Vorstands, Herrn Rechtsanwält Lindbeck abhielt, beschäftigte man sich hauptsächlich mit dem Entwurf der „Einführung des Befähigungsnachweises für die Binnenschifffahrt“. Von dem preussischen Handelsministerium sind entsprechend den Wünschen, die schon seit Jahren auch in Interessentenkreisen wiederholt laut geworden sind, Vorschläge für einen Beschluß des Bundesrats gemacht worden, wodurch gemäß § 132 des Binnenschiffgesetzes der Befähigungsnachweis für Schiffsführer und Maschinenisten auf Binnenschiffen eingeführt werden soll.

Das Ergebnis dieser Vorschläge ist in einem Entwurf niedergelegt, der dem Verband von der Oberdirektion des Wasser- und Straßenaubaus in Karlsruhe z. Abgabe eines Gutachtens vorgelegt wurde. Gemäß § 34 des Entwurfs sollen die neuen Bestimmungen einwirken auf dem Rhein, wofür ein Befähigungsnachweis bereits besteht, keine Anwendung finden, jedoch sollen die

Vorschriften jetzt schon so gefaßt werden, daß sie später ohne Weiteres auf den Rhein ausgedehnt werden können.

Der Entwurf unterlag bei der Wichtigkeit der Sache einer mehrstündigen Beratung des Ausschusses und die gefaßten Beschlüsse werden nunmehr der Großherzogl. Oberdirektion unterbreitet werden.

Bei der leichten Art der Verteilung von Schiffserpatenten in Holland, welche Sache den Verband schon seit einer Reihe von Jahren beschäftigt und dessen Vorstellungen es zu verdanken ist, daß kürzlich eine Aenderung älterer Vorschriften wohl erlassen wurde, die aber den bestehenden Bedenken nicht ganz Rechnung getragen hat, hielt der Ausschuß es für geboten, in seinem Gutachten jetzt schon darauf hinzuweisen, daß bei den künftigen Unterhandlungen, zu denen es bei Einführung der neuen Bestimmungen mit den fremden Uferstaaten Holland und Belgien kommen wird, auf eine absolute Gleichstellung der deutschen und ausländischen Schiffsführer hingewirkt werde.

Aus den zahlreichen geschäftlichen Mitteilungen des Schriftführers Glafer war u. A. zu entnehmen, daß der Verband von dem Ministerium des Innern in Karlsruhe eingeladen wurde, zu einer Besprechung wegen Neuregelung der Durchfahrtszeiten durch die Schiffsbrechen bei Mainz und Speyer seinen Vertreter zu entsenden.

In die Ausschusssitzung schloß sich eine Sitzung des Schiedsgerichts des Verbands an, in der drei Streitigkeiten zu behandeln waren.

Deutsches Reich.

— **Um ein Reichstagsmandat.** Unter dieser Ueberschrift befindet sich die „Post. Ztg.“ die bevorstehende Ungültigkeitserklärung der Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Böck im Wahlkreis Okerburg-Stendal und schreibt zum Schluß:

„Die Nationalliberalen müssen sich darüber klar sein, daß eine Kandidatur Fuhrmann bei der Erichswahl von vornherein einen Verzicht auf das Reichstagsmandat bedeutet und einer abermaligen Auslieferung des Wahlkreises an die Konservativen gleichkommt. Sie kommen um die Entscheidung nicht herum: wollen sie das Mandat erlangen, so müssen sie einen Kandidatenwechsel vornehmen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, den Nationalliberalen in Okerburg-Stendal Ratschläge zu erteilen; aber es ist die Pflicht aller Liberalen, auf Tatsachen hinzuweisen, die geeignet sind, die Reaktion zu fördern. Das ist der Zweck dieser Zeitschrift.“

Der „Deutsche Kurier“ bemerkt dazu, soweit er unterrichtet sei, komme die Kandidatur Fuhrmann für eine Nachwahl in Okerburg-Stendal nicht mehr in Frage.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 44. Sitzung.

Karlsruhe, 10. März.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten. Am Regierungstisch: Minister Dr. Freilich von Bodman, Regierungskommissare.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Weichaupt (Ztr.) über den Vorschlag des Ministeriums des Innern:

Landwirtschaft.

Angefordert werden an Ausgaben im ordentlichen Etat für die beiden Jahre 1914 und 1915 zusammen 2 319 240 M., im außerordentlichen Etat 500 000 M.; an Einnahmen sind vorgesehen im ganzen 113 600 M. Die Kommission beantragt Genehmigung dieser Summen. Die Staatszuschüsse an die Landwirtschaftskammer betragen im ganzen 119 000 M. (i. v. J. 102 480 M.). Die im außerordentlichen Etat angeforderten 500 000 M. sind

für die Hagelversicherung bestimmt. Sehr erfreulich sei, daß die Regierung einen Nachtrag (200 000 M.) gebracht habe zur Vinderung der Kottlage der Rebbaucern. Die Kommission beantragt, diese Summen zu genehmigen. In der Kommission war angeregt worden, für die Anlagen von Wegen im Reb-gelände mehr als 13 000 M. auszuwerfen. Die Mehrheit der Budgetkommission beantragt, den ersten Teil des Antrages Benedel und Gen. — zur Vinderung der Kott der Rebbaucern die Weinakzise aufzuheben — abzulehnen und den zweiten Teil durch den Nachtrag zum Staatsvoranschlag für erledigt zu erklären.

Der Berichterstatter schließt mit dem Wunsch, es möchten nach den schlechten, ergebnislosen Jahren für den Weinbau wieder bessere Jahre kommen.

Abg. Köfisch (Soz.) begründet den Antrag Kolb und Gen. (Zinsamminister Dr. Rheinboldt tritt das Haus).

Abg. Storf (Nat.) begründet die Anträge Dietrich und Genossen, Rogger und Genossen und Göhring und Genossen. Tatsache sei, daß sich unsere Rebbaucern im ganzen Lande in großer Not befinden. Infolge der Bekämpfung der Rebschädlinge und Rebskrankheiten, infolge der höheren Löhne usw. haben sich die Kosten, die der Rebbau erfordert, gegenüber früheren Jahren wesentlich vermehrt. Die Missernte 1910 und 1912 haben eine derartige unglückliche Wirkung gehabt, daß man tatsächlich von einer Kottlage sprechen kann, die in vielen Fällen zu einer Katastrophe geführt hat und noch führen wird. Sogar wohlhabende Weinbergbesitzer sind infolge der Missernten gezwungen worden, Hypotheken aufzunehmen. Wir haben das größte Interesse daran, den Stand der Rebbaucern zu erhalten. Diese erkennen an, daß die Regierung bestrebt ist, ihre Lage zu verbessern; dafür gebühre der Regierung herzlicher Dank. Alle die von dieser getroffenen Maßnahmen werden dankbar anerkannt. Es gibt eine große Anzahl Gemeinden, in denen arme Leute die letzte Kuh verkaufen mußten, um ihren Verpflichtungen einigermaßen nachkommen zu können. Die beste Hilfe wird man den Rebbaucern dadurch in diesem Jahre zukommen lassen können, wenn man ihnen Mittel zur Verfügung stellt zur Anschaffung der Bekämpfungsmittel. Wenn bisher in der Bekämpfung der Rebschädlinge nicht der Erfolg erzielt worden sei, den man wünsche, so sei das darauf zurückzuführen, daß die Leute nicht Geld genug zur Beschaffung der Bekämpfungsmittel haben. Eine allsinnige Ausrottung der Reben sei nicht zu empfehlen. Weiter empfiehlt der Redner die Anlage von Rebschulen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hummel (F. B.) begründet den Antrag Benedel und Genossen und legt dabei die Notwendigkeit der Aufhebung der Weinakzise dar.

Abg. Graf (Ztr.) begründet den Antrag Dr. Jehner und Genossen über die Vinderung der durch die Maul- und Klauenseuche entstandenen Schäden.

Abg. Hentze (F. B.) begründet die Anträge der Abgg. Müller-Eppingen und Schöpfle und Genossen. Der erstere Antrag will die Bildung eines Landeshilfsfonds gegen Elementarschäden, der zweite befaßt sich mit den Ausführungsbestimmungen des Viehschadengesetzes.

Abg. Ziegelmeier (Ztr.) begründet seinen Antrag auf Erhöhung der Hopfenakzise. Der Redner verbreitet sich über die Lage des deutschen Hopfenbaues, der zu Grunde gehen müsse, wenn nicht höhere Zölle geschaffen werden; ein nachhaltiger Schutz des deutschen Hopfenbaues sei dringend notwendig, daher bitte er (Redner) das Haus, seinem Antrag zuzustimmen.

Die allgemeine Beratung ist eröffnet.

Zinsamminister Dr. Rheinboldt entgegnet auf die Ausführungen des Abg. Hummel: Die Weinsteuern sind keinesfalls die Ursache der Kottlage der Winzer. Die wichtige Frage, ob die Steuer der Weinproduzenten belaste, hat der

„romantischen“ Adelspaläste in den lombardischen Städten hingewiesen.

Es ist ansehnlich, daß Bramante schon während seiner Mailänder Tätigkeit das System des Zentralbaus der Kirchenanlagen bevorzugte. Die Bombardier kannte fast nur Basiliken; erst durch Bramante gewann die zentrale Gestaltung an Ausdehnung und wurde populär. Alle diese zentralen Anlagen mühen wie Vorstudien, allerdings wie minimalistische Vorstudien, zu seinem größten Werk an: zu St. Peter in Rom.

Seit wir seinen Anteil an dieser größten Schöpfung der Renaissance kennen, oder vielmehr, seit wir wissen, daß er ihr Hauptgestalter war, verstehen wir erst wieder den Ausdruck Michelangelo's: Bramante ist an Größe jedem Meister des Altertums vergleichbar!

Bramante kam um 1500 nach Rom und begann die bedeutendste Aufgabe, die je einem Architekten der christlichen Zeitrechnung zufiel, im Jahre 1506. Seit Heinrich von Geymüller die verschiedenen Pläne Bramante's aufgefunden hat, sind wir über die Größe seiner Absichten erst wieder völlig unterrichtet. Sie sind aus der schließlichen Gestaltung des Baues nicht erkennbar. San Peter, so wie es jetzt besteht, hat als Grundriß das lateinische Kreuz, dessen Hauptkennzeichen ein verlängertes Hauptschiff ist. Bramante aber hatte die Riesentürme über einem griechischen Kreuz erheben lassen wollen: vier gleich lange Schiffe wären dann von der gemaltig darüber schwebenden Kuppel beherrscht worden. Die Ausführung dieses Planes hätte einen alten architektonischen u. sozialen Traum, der ganzen Christenheit sichtbar, verwirklicht:

die Verschmelzung der beiden einzigen, wichtigsten und einander widersprechenden Bauformen der christlichen Architektur, der Basilika und des reinen Zentralbaus, zu einem vollkommen harmonischen System.

Es sollte nicht dazu kommen. Noch Bramante's nächster Nachfolger, noch Antonio de Sangallo und Michelangelo hielten daran fest, und dieser letztere kämpfte für Bramante's Idee mit aller Kraft. Wer sich von diesem Plan entfernte, entfernte sich von der Wahrheit, — so rief er denen zu, die ihn ändern wollten. Es gelang seiner gewaltigen Autorität, so lange er lebte, die Gegner dieser architektonischen Wahrheit, diejenigen, die sie durch Konzeptionen fälschen wollten, von ihr fernzuhalten und zurückzuführen, daß sie im großen und ganzen unangelehnt blieb. Noch nie vorher und nachher nie wieder, ist um eine architektonische Idee so nachhaltig und leidenschaftlich gekämpft worden. Sie griechisches Kreuz — die lateinische Kreuz, war der Grundriß. Natürlich mußten auch die Gegner von Bramante's Plan dessen vollkommene Schönheit, die Unübertrefflichkeit seiner Raumgestaltung anerkennen; ihre Motive konnten denn auch nicht tektonischer Art sein. Es waren vielmehr liturgische oder religiös-historische Bedenken: wäre nach Bramante's Plan zu Ende gebaut worden, so wäre ein Grundriß entstanden, ganz verschieden von dem der alten Kirche, die doch das größte Heiligtum der Christenheit war.

Nach Michelangelo's Tod, unter Paul V., siegen diese Bedenken endgültig, und wie zu allen Zeiten, fand sich auch hier ein Architekt,

der die Liebe zur Schönheit der Liebe zur Obrigkeit unterordnete: Carlo Maderna. Er gestaltete das griechische Kreuz zum lateinischen um, indem er ein Schiff verlängerte und zum Hauptschiff machte. Das war im Jahre 1606, fast 100 Jahre, nachdem Bramante den Grundstein der Kirche gelegt hatte.

Ein Jubiläum im Bassermann'schen Verlag.

Dito Friedrich Bassermann, der Inhaber der Fr. Bassermann'schen Verlagsbuchhandlung in München, feiert am Donnerstag, den 12. März, seinen 75. Geburtstag und sein 50-jähriges Jubiläum als Geschäftsinhaber.

Der jetzt in Stuttgart lebende Jubilar wurde am 12. März 1839 in Mannheim als Sohn des Verlegers und hervorragenden Parlamentarikers Friedrich Daniel Bassermann geboren; er trat nach Besuch höherer Lehranstalten in Mannheim und Wien als Zebrling in die Münchener Literaturwissenschaftlichen Anstalt der Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart ein. Selbst künstlerisch in hohem Maße begabt, verkehrte er viel in Münchener Künstlerkreisen, wo er im Kunstverein „Jung München“ Wilhelm Bausch kennen lernte, der für sein Leben und die Entwicklung seines Verlages die größte Bedeutung gewinnen sollte. 1884 übernahm Dito Bassermann das väterliche Verlagsgeschäft und verlegte es von Mannheim nach Heidelberg, in der Erwartung, dort an der Universität, dem bisher keine bestimmten Ziele verfolgenden Verlag, eine einheitlichere Richtung geben zu können. Der Philosoph Bruno Fischer und der bekannte

liberale Theologe Prof. Hauszoth wurden in Heidelberg dem aufstrebenden Unternehmen als Autoren zugeführt. Als Wilhelm Bausch dem Freunde seine Werke zum Verlag übergab — als erste „Die fromme Selene“ und „Wider zur Johanne“, konnte sich das mehr und mehr dem Kunstverlag hinneigende Geschäft nicht mehr in Heidelberg halten, da sich dafür dort so gut wie keine technischen Hilfsmittel boten. Die Firma wurde deshalb 1878 nach München verlegt. Durch Wilhelm Bausch in die „Welt“ eingeführt, wurde Bassermann bald ein sehr tätiges und beliebtes Mitglied dieses ausgezeichneten Künstlerkreises. Seinen künstlerischen Neigungen folgend, pflegte er neben dem wissenschaftlichen auch den Kunstverlag. Es sei hervorzuheben, daß seiner Herausgabe der Photographien aus dem Brauchaler Schloße die Reinerhaltung dieses herrlichen Denkmals der Spätrenaissance zu verdanken ist, das ohne seine Daguerrenkunst in ein Lehrscheitern umgeändert worden wäre. Für diese Rettung erhielt Bassermann den Zähringerorden 1. Klasse. Die Haupttitel des Verlages sind die Werke Wilhelm Bausch's, die in Hunderten von Exemplaren vertrieben, Bekanntheitsbücher des deutschen Volkes geworden sind. Bausch's bekannteste Dichtung „Die fromme Selene“ hat bis jetzt eine Auflage von 402 000 Exemplaren, der humoristische Hauszoth, eine Sammlung der humoristischen Meisterwerke Wilhelm Bausch's, eine Ausgabe von 202 000 Exemplaren erreicht. Mit Wilhelm Bausch verband ihn eine viele Degenen umfassende Freundschaft bis zum Tode des Meisters. Die einst sein großer Autor und Freund Bausch feiert nun Bassermann seinen Jubiläumstag fernab vom Getriebe der Welt, in stiller Zurückgezogenheit. Möge dem bedeutenden Sohne anderer Stadt, dem Retter des deutschen Buchhandels, noch

Abg. Hummel nur oberflächlich behandelt; einen Beweis, daß der Produzent durch die Weinsteuer belastet werde, hat er nicht gebracht. Wichtig sei, daß der Ertrag der Weinsteuer zurückgegangen sei. Daran seien aber die beiden Mißernten 1910 und 1912 schuld; die Rebbaupen wären froh, wenn sie etwas zu versteuern hätten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Abg. Hummel hat erklärt, jetzt sei die richtige Zeit, die Weinsteuer aufzuheben, weil man jetzt infolge der günstigen Finanzlage den Ertrag aus dieser Steuer vernachlässigen könne. Jetzt sei nicht die richtige Zeit, denn es sei sehr gut, wenn jetzt einige Summen für die späteren Jahre reserviert werden können; für die Gehaltsrevision sei noch kein Geld vorhanden. Unter keinen Umständen könne der bairische Staat auf die Weinsteuer verzichten.

Abg. Freiherr Huber von Gleichenstein verbreitet sich zunächst über die Wienenzucht und bittet die Regierung, dieser die größtmögliche Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Kollage des Rebbaupen sei notwendig, das gehe daraus hervor, daß alle Parteien in diesem Hause mit Anträgen und Interpellationen an die Regierung herangetreten seien. Der Redner bespricht dann die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Linderung der Weinermot.

Hier wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung: Mittwoch Vormittag 9¼ Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen. Schluß gegen 1 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 10. März.

Der Spar- und Bauverein Mannheim

sendet mit dem Geschäftsbericht vom 1. Jan. bis 31. Dezember 1913, dem wir folgendes entnehmen:

Vom abgelaufenen Geschäftsjahre ist zunächst zu berichten, daß es im großen und ganzen einen befriedigenden Verlauf genommen hat. Aber wir hatten einen schmerzlichen Verlust zu verzeichnen, indem unser treues Vorstandsmitglied Herr Emil Reinhardt im Juni des abgelaufenen Jahres verstorben ist, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. Es ist uns aber gelungen, dessen Sohn, Herrn Kaufmann Philipp Reinhardt, als Nachfolger im Vorstand zu gewinnen, der im Sinne seines Vaters bei uns wirken wird. Die im vorjährigen Bericht erwähnten fünf neuen Wohnhäuser an der Eisen-, Gartenfeld- und Gärtnerstraße sind in der ersten Hälfte des Jahres 1913 vollständig fertiggestellt und hieron zwei am 1. Juni und drei am 1. Juli v. J. bezogen worden. Keine der 44 Wohnungen blieb unermietet. Die Häuser sind in der solidesten Weise ausgeführt und auch höchst ausgestaltet, so daß sie einen vorzüglichen Eindruck machen.

Die Mietpreise stellen sich trotz des billigen Rohenpreises durchschnittlich etwas höher, als die der vorletzt erbauten Wohnungen im Humboldtblock; was auf die fortwährend steigenden Lohn- und Materialpreise zurückzuführen ist. Es lohnen die teuersten Zweizimmer-Wohnungen mit Mansarde M. 37.—, ohne Mansarde M. 32.50 pro Monat; die billigsten mit Mansarde M. 20.—, ohne solche M. 18.—. Dagegen wurden die vier Einzimmer-Wohnungen zu M. 20.— bis M. 23.— pro Monat abgegeben. Jeder Wohnung ist außer der Küche eine Speisekammer und ein Kellerabteil zugewiesen und in jedem Haus befindet sich eine Waschküche. Der Hof der 5 Häuser ist zusammenhängend, nur durch Drahtgitter getrennt, mit einem großen Rasenplatz versehen, so daß von allen Seiten reichlich Licht und Luft vorhanden ist. Man kann demnach diese Wohnungen zu den gesündesten der Stadt zählen und im Verhältnis zu dem Gehalt auch zu den billigsten. Von unsern übrigen Wohnungen standen nur im Erdgeschoss eine Dreizimmer-Wohnung einen Monat und eine Vierzimmer-Wohnung drei Monate lang leer, wodurch wir M. 215.— Mietausfall erlitten gegen M. 568.— im Jahre 1912. Alle übrigen Wohnungen waren

stets vermietet. Auch haben wir erfreulicherweise keine Mietsrückstände zu verzeichnen.

Es tritt nun naturgemäß die Frage an und heran, ob wir in nächster Zeit wieder unsere Unabhängigkeit fortsetzen können und in welcher Weise. Da müssen wir vom Standpunkt einer soliden Verwaltung zunächst einen Blick auf unsere Finanzverhältnisse werfen und feststellen, daß wir laut unserer Bilanzanstellung auf die letzten Neubauten einschließlich Bauzins noch etwas über M. 25 000 zu zahlen hatten, wovon M. 5000 inzwischen bezahlt wurden, die übrigen M. 20 000 Mietszuschuß aber bis zum Jahre 1917 getilgt sein müssen. Dies ist also auf alle Fälle bei neuen Unternehmungen zu berücksichtigen. Wenn wir auch alljährlich einen ansehnlichen Ueberschuß erzielen, der zum Teil unseren Reserven zugeführt wird, und unsere Geschäftsguthaben sich langsam vermehren, so wäre das doch nicht genügend, um bei einem größeren Objekt, das wie z. B. das letzte (Eisenblock) ca. M. 200 000 erfordert — selbst wenn wir wieder 75 Prozent des Wertes als Darlehen erhalten — die übrigen 25 Prozent mit ca. M. 50 000 aus eigenen Mitteln aufbringen zu können, wenn nicht ein erheblicher Zuwachs an neuen zahlungsfähigen und willigen Mitgliedern erfolgt.

Solche zu werben sollen unsere Genossen unangesehrt bleiben, sonst geht es mit dem Wachen sehr langsam. Es ist unerlässlich, wie es möglich ist, daß gegenüber den Erfolgen in anderen Städten bei uns in Mannheim für genossenschaftliche Selbsthilfe so wenig Verständnis vorhanden ist; — hier, wo man fortwährend in den Zeitungen die Notiz und Klagen der bedrängten Mieter lesen muß, — obwohl diese die beste Gelegenheit hätten, sich durch Selbsthilfe praktisch zu betätigen. Aber das „Hilf dir selbst“ verziehen oder erlassen sie nicht. Welchen wir nun einen einigermaßen ansehnlichen Mitglieder- und Kapitalzuwachs, so werden wir, sobald die fünfte Sandge w a n n, wo sich unser 2551. Cm. umfassendes Baugrundstück an der Kaiserstraße befindet, in Plan gelegt ist, wie es in Kürze bevorsteht, dort eine Anzahl weiterer Bauten errichten. Wenn auch 1/2 des Platzes für Straßengelände abgetreten werden muß, so bleiben doch noch ca. 1700 Cm. zum Bauen übrig, wofür die Kosten nicht gering anzuschlagen sind.

Unser Reingewinn mit M. 14 067 (gegen M. 9700 im Vorjahre) weist eine erhebliche Zunahme auf, die meist auf die Erträge der neuen Häuser, wo nur wenig Zinsen und fast gar keine anderen Betriebskosten zu bedenken sind, zurückzuführen ist. Von dem erzielten Reingewinn entfallen auf Zinsbeiträge M. 785, auf kleine Rückzahlungen M. 53, aus den Ueberschüssen der Eigentumsbesitzer M. 11 439, die restlichen M. 1800 dagegen aus dem Erbbaublock. Da hieraus für die im Erbbaublock angelegten ca. M. 70 000 Geschäftsanteil die Dividende mit ca. M. 2800 zu bedenken ist, so bleibt hier ein Reibetrag von circa M. 1000, der aus dem übrigen Reingewinn gebildet ist. Einschließlich vorstehend erwähnter M. 2800 hätten wir aus den M. 181 440 Geschäftsguthaben im ganzen bei 4 Prozent Dividende, deren Verteilung wir in diesem Jahre beantragen wollen, zu entrichten an Dividende M. 7250, dem Reservefond wären zuzuführen ca. M. 5500 und dem Hilfsreservefond ca. M. 1817. Unsere Gosskassen, die im Vorjahre M. 194 700 und im letzten Jahre M. 210 000 betragen, erfahren eine Zunahme von M. 15 900. Die Geschäftsguthaben haben sich um rund M. 18 300 vermehrt. Die Mitgliederzahl beträgt 540 gegen 495 im Vorjahre, bei sonach um 45 zugenommen.

So wollen wir also hoffen, daß die künftigen Jahre besseren Verständnis für unsere Sache begünstigen und unsere Genossenschaft zum Segen der wohnungsbedürftigen Einwohner eine immer ausgedehntere Entwicklung erfahren möge.

„Los von der Nervosität!“ Eine zeitgemäße Frage wird Mittwoch, den 11. d., abends 8¼ Uhr, im Saale der „Vierhofel“ von dem bekannten Schweizer Arzt und medizinischen Schriftsteller Dr. med. O. Schär behandelt werden. Mit dem Rufe „Los von der Nervosität!“ zieht er in den Kampf um bessere Kräfte und größere Leistungsfähigkeit. Herr Dr. Schär geht auf seiner Vortragstournee durch Deutschland, die er auf Einladung aus dem Kreise seiner früheren Patienten unternimmt, ein guter Ruf als hervorragende Spezialität und als Redner voraus. Damen und

Herren sei deshalb der Besuch des Vortrages angelegentlich empfohlen.

• **Todesfall.** Der im Alter von 60 Jahren an den Folgen eines Stürzfalls in Heutingsheim (Württemberg.) gestorbene Obergerichtsrat Major a. D. Grellber v. Bräufelle Schaubert beklagte schon unter König Karl bei dessen letzten Auslandsreisen die Funktion eines Reisemarschalls. Selbst Besitzer einer wertvollen Altertümerammlung, war er Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Staatssammlungen vaterländischer Kunst und Altertümer, dessen Verwaltungsrat er auch angehörte. Der Bräufelle Weinbergbesitz im Vottwartal gilt als einer der bestbewirtschafteten des Landes und die dort gezogener Weine pflegen neben denen der Kgl. Hofkammer von allen wirklichen bayerischen Weinen seit Jahren die höchsten Preise zu erzielen.

• **Vermißt wird** seit 18. Februar 1914 in Frankfurt a. M. die Schülerin Ding Müller, geboren am 12. Januar 1902 dortselbst. Das Kind ist 1.25 bis 1.30 Meter groß, schwächlich, hat dünnes, blondes Haar, blaues, rundes Gesicht, blaue Augen und kleine schmale Nase. Am rechten oberen Schneidezahn ist ein Stückchen ausgebrochen. Bekleidet war die Vermißte mit blauem wollenem Kleid, hellem, mit blauen Streifen versehener Schürze, rotem Unterrock und weißen Tüpfeln, schwarzen Strümpfen und Schnürstiefeln, grauer Jacke mit grünem Reagen und blauer Mütze. Außerdem trug sie Brille. Am Nachforschung und Mitteilung an die Schutzmannschaft hier wird ersucht.

• **Diebstähle.** In letzter Zeit wurden hier folgende Fahrzeu er entwendet: Am 27. 2. Marke S r i k e r, Fahrr. Nr. 1201, schwarzer Rahmen, gelbe Holzfelge, gelbe Schraubendeckel, Freilauf mit Nadelbremse, leicht ohrwärts gebogene Lenkstange, Glöde mit der Aufschrift Schmidt u. Christ. Am 3. 3. Marke B a n d e r e r, Fahrrahmen unbekannt, schwarzer Rahmen und Felgen, brauner Sattel, gerabe Lenkstange, Nadelbremse, auf dem Hinterrad ein neuer Mantel, vorne neues Schuttblat, neue Glöde und Laterne. — Ferner wurden entwendet: Anfangs Januar 1914 aus der Birkstraße U 4, 16 eine vollständig braune Geige mit schwarzem Bedeckungsblech. Auf der Rückseite der Geige ist ein F eingegraben. Der Tat verdächtig ist eine etwa 45 Jahre alte, 1.65 m große Frauensperson. Diese hat aufrechte Haltung, schwarzes, sorgfältig geputztes Haar, feines Gesicht und spricht süddeutschen Dialekt; sie trägt helle, großformatige Schuhe, schwarze Schürze und grobe Ohrringe. Für die Ermittlung der Geige sind 20 M. Belohnung ausgesetzt. In der Nacht vom 21./22. 2. ein an dem Hause Q 1, 20 angebrochener S t e d e l i d, etwa 50 cm lang und 30 cm breit, mit der Aufschrift Berliner Kröpfen, 7 Stück 20 Pa. Am 24. 2. nachmittags zwischen 5½ und 6¼ Uhr, vor dem Hauptpostamt hier einem Kaufmann von hier ein schwarzledernes Portemonnaie mit 200 M. Inhalt, bestehend in einem Hundert- und vier Zwanzigmarkstücken und Silber- und Nickelgeld. Am 8. 3. in der Lindenbofstraße ein R e i s e u g aus Plessing in schwarzem Stui.

Stimmen aus dem Publikum.

• **Städtisches Arbeitsamt!** Die in einem vor einigen Tagen im „General-Anzeiger“ erschienenen Eingelaut, sowie die in der Kellerkammer-Versammlung vorgebrachten Mißstände obiger Anstalt kann ich als Gewerbetreibender nur bestätigen. Ich habe wiederholt dort Gehilfen gesucht; wenn nun der erste zugewiesene gleich paßt, ist die Sache glatt erledigt, aber wenn der erste und zweite nicht paßt (auch dem Gehilfen paßt es manchmal nicht), dann hören weitere Zusweisungen auf. Bei der großen Spezialisierung meines Gewerbes ist nicht immer gleich auf den ersten Schlag ein brauchbarer Mann zu bekommen. Es scheint mir, daß die Beamten der Anstalt mit großer Aktionsbefugnis ausgestattet sind und den Zweck der Anstalt: „Den rechten Mann an die rechte Stelle“ nicht recht begriffen haben. Infolge dieser Erfahrungen, die auch manchmal auf andere Arbeitsnachweise zutreffen, die noch auf die alte bewährte Art Arbeitsnachweise zu erhalten, zurückgenommen, nämlich im Inserat in einer Tageszeitung. Dies hat noch nie verfaßt; auch

habe ich dann die Gewißheit, daß die vorstehenden Leute wirklich arbeiten wollen, was bei dem vom Arbeitsamt nicht immer der Fall ist. Im übrigen kostet die Anstalt der Stadt sehr viel Geld.

Ein Gewerbetreibender.

Neues aus Ludwigshafen.

• **Strassenbahnunfall.** Heute vormittag kurz vor 12 Uhr entgleiste ein Verdrängungswagen der Strade Luisoldhafen-Anilinfabrik auf dem Ausgang zum Stadtkanal an der Schillerstraße. Glücklicherweise fand der im Schuß befindliche Strassenbahnwagen an dem feineren Treppengeländer, — das zur Maxstraße führt, heftigen Widerstand, so daß er zurückprallte und nur das Treppengeländer und der Wagon stark beschädigt wurden, Personen aber nicht zu Schaden kamen. Ein kleines Stück Wegs weiter und der Wagon wäre die T r e p p e heruntergestürzt.

• **Angestellter** wurden heute mittag die sächsischen Arbeiter der Chemischen Fabrik S i l b e r m a n n (unterhalb der Anilinfabrik) angeheißt wegen Tarifbruchs.

Gerichtszeitung.

• **Leipzig, 9. März.** Das Landgericht Frankenthal hat am 24. Oktober v. J. den Chauffeur Johann Rimmermann von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Am Nachmittag des 2. Januar 1913 lenkte der Anzeigende das Auto des Kommerzienrats S., bei dem er im Dienste stand, auf einer Fahrt von Edenlohen nach M o n a c h e i m. Am Bann saßen außer dem Anzeigenden der Kommerzienrat, dessen beide Töchter und ein Keffe von ihm. Die Straße führt über Hochdorf und Menheim und ist hier fast gar nicht und sehr überfüllt. Sie ist etwa 6 m breit, hat aber keine durch Randstreifen abgetrennte Fußwege. Etwa 300 Meter vor dem Bahnhof Menheim trifft das Auto auf die Lokalbahn auf die Straße und läuft dann direkt neben der Straße. Während das Auto diesen Teil der Straße durchfährt, kam in derselben Richtung ein Zug, dessen Lokomotive viel Rauch und Dampf ausströmen ließ. Es bildete sich bei der schnellen und unruhigen Luft eine Wolke, welche die Straße vor dem Auto überdeckte. Der Anzeigende, der um diese Zeit mit einer Geschwindigkeit von 15 bis 20 Kilometer fuhr, kurzeste so leicht ab und bremste mit Hand- und Fußbremse, jedoch nicht so stark, daß der Wagon sofort hätte halten können. Er tat dies im Interesse der Anfahren, weil ein augenblickliches Anhalten für diese lebendige Straße hätte werden können. Während er durch die Rauchwolke fuhr, zwischen Bremsen und Rosten, verfuhrte der Anzeigende einen Fuß. Nach dem Gehen des Wagens wurde ein Meter hinter demselben die Schloßherb Frau G. aus Hochdorf tot aufgefunden. Sie war auf der rechten Seite der Straße auf dem Fußwege gegangen und schreit über durch einen Stoß des Wagens als durch Überfahren verletzt worden zu sein. Eine Fahrlässigkeit des Anzeigenden an diesem Unfall hat das Landgericht nicht als erwiesen angesehen. Dem Anzeigenden ist gestattet worden, daß er die Frau, die vor dem Wagon starb, nicht gesehen hat. Darin, daß er, als der Rauchschwaben niederwärts, nicht sofort seinen Wagon zum Halten brachte, ist

Ein vernachlässigter Schnupfen rächt sich oft bitter.



Jorman
gegen Schnupfen
Dose 30 Pfg

einem so erlauchtem Leben ein schöner Lebensherb im Verein mit seiner treuen Gattin beschaffen sein.

Kollektion Karl Stöner.

Es ist einer der größten Erfolge der Mannheimer Kunstbewegung, daß sie materielle Talente mehr und immer wieder mit neuen Anregungen befruchtete. Man braucht, um das zu begreifen, nur die Geschichte der bildenden Kunst in Mannheim vor die und seit ihrem Einsetzen nebeneinanderzustellen. Dann könnte es scheinen, als hätte die neu gemachte Liebe, der lebhaft erscheinende Anteil an Dingen der bildenden Kunst außer den Genieuten und Förderern auch die woggerüttelt, die zum Schaffen veranlaßt waren.

Unter diesen jungen einheimischen Talenten galt im Stillen das jüngste — Karl Stöner — fester als das härteste. Darum und weil er — als das Weibchen der neuen Entwicklung — besonderen Anteil fand, wurde er auch am sorgsamsten gefördert.

Der breiteren Allgemeinheit wird er nun durch diese erste Kollektion vorgeführt, die Kund zeigt.

Sie umfaßt Werte aus der Frühzeit seines Arbeitens — Den sechzehnten Lebensjahre bis zum zwanzigsten: Aste, Stillleben, Porträts, Zeichnungen — Zeugnisse einer erstaunlich raschen und reichen Entwicklung. Von dem Bilde des Sechzehnjährigen (einem Bild auf einen Barockstil mit Reiter) zu denen des Zwanzigjährigen hat ein Fortschreiten sich vollzogen, wie es nur einem großen Talent in den Jahren möglich ist, in denen der Ueberschwung des Willens und die Energie des Mannens ihren ersten Höhepunkt erreichen.

Nach überaus scharfer wird dieser Eindruck, wenn man hört, daß Stöner Autodidakt ist, daß alles, was er schuf, auf ihm selbst und in Anlehnung an die großen Einblicke sich entwickelte, die er vor den Werken der modernen Meister empfing.

Das ihn dabei begünstigende, besonders beeinflusste Wissen Kunst, atmosphärische Wirkungen materiell zu gestalten, wirkt nur gelegentlich, in den beiden Brückenbauten aus Paris, ein), ist nicht bloßer Zufall. Stöners eigene Art geht auf die große Linie, auf die Einheit der Formen und Farben, die er dort gewahrt, auf die ruhige, ins Große wachsende Stetigkeit, auf die Bildung von, der Farben zu reinen Akzenten — nur daß ihn die Jugend zu intensiveren Farben drängt, zu stärkeren, kühneren Kontrasten, um dazwischen zu sein die zusammenfassende, alle Töne einheitlich bindende Harmonie gern dran gibt.

Als Ergänzung eigener Art wäre dieses Anhängertum an Cézanne also ebenso natürlich als möglich.

Aber es kommt doch mancherlei zusammen, was dem nicht so sein läßt.

Das an sich Anhängertum zu sein wenig bedeutet, hat einmal Nichts gesagt. Man empfindet das erst, sagt er hinzu, wenn man selbst aufgehört habe, es zu sein. Anhängertum kann sogar eine nicht geringe Gefahr für die Entwicklung eines jungen Künstlers sein, wie in unserem Falle.

Cézanne ist zu diesen letzten Anknüpfungen nach langer Entwicklung gekommen. Sie wurden ihm zum Produkt eigener Schöpfung, zum Ergebnis eines lebenshaften Suchens, zum Ausdruck eigener, persönlicher Art. Sie also in ihrer letzten Gestalt anzufassen und nutzen zu wollen, heißt die Kollierung eines Lebenswerkes vorwegnehmen,

ohne sich um die Arbeit kümmern zu wollen, aus der sie erwuchs. Was bei Cézanne notwendiger Ausdruck war, wird dann im besten Falle zur äußerlichen Nachahmung.

Wenn die Liberalität, mit der der Deutsche — auch darin wieder so hochherzig, wie man es nur von ihm gewohnt ist — der französischen Malerei für und vor geöffnet hat, schließlich nichts anderes gezeitigt, als daß seine Jugend sich bedingungslos den Franzosen in die Arme wirft, dann war es wirklich schade um diese Hochherzigkeit.

Was die französische Malerei der Deutschen hat sein können, ist sie ihr gewesen. Sonst hätten wir keinen Veil und Schuß, keinen Trübner und Verbermann gebraucht.

Die malende Jugend hat heute nicht mehr das Recht, ihr Geil jenseits der deutschen Pforte zu suchen.

Wohl aber hat sie die Pflicht, sich darauf zu besinnen, daß es jetzt gilt, auf den übernommenen und zu eigen gemachten Grundlagen eine Kunst auszubilden, die deutscher Art gemessen sei.

Diese Art aber kann sich in der reinen Gegenständlichkeit — die dem Romanen genügt —, in dem bloß technischen Meiß, der jenen befriedigt, nicht gefallen. Der Deutsche hat es nicht gelernt, die Malerei nur als Technik zu verstehen und zu schätzen, und er wird es nie lernen.

Schon darum heißt es wieder andere Wege gehen als nur nach Paris, der deutschen Seele zu lauschen, wo sie sich rein und echt auswirft hat.

Und im übrigen wäre es allmählich auch dem genialsten Treiben unserer Jugend genug, den Nachruf, man solle nicht in verba magistri iurare in allen Ehren!

Der Stolz des Autodidakt ist vielleicht ein berechtigter Stolz. Aber man vergesse doch nicht, daß auch die großen Revolutionäre der französischen Malerei als ganz strenge Akademiker angingen und daß auch dem großen Talent die streife Disziplin nicht geschadet hat, in die ihn schulmäßige Gedankarbeit einmal gezwungen hat. Wenn ich heute ein Kunstschaffendes zum Ansehen gebracht hat, dem sein Beruf voranschreitende Wissenschaft ist, so ist das eine Sache, die die Allgemeinheit nicht weiter zu bekümmern braucht. Daß die Kunst selbst diesem Beispiele folge, geht uns alle sehr nahe an.

Das sind Randglossen, die mit der Kollektion Stöner im Grunde nichts gemein hätten — habe ich es sich nicht um einen typischen Fall moderner Kunstentwicklung, den an diesem Schaubildspiel darzustellen vielleicht nützen kann.

Nach der angelegentlich notwendigen Abwehr der französischen Kunst gilt es nun die wirkliche.

Malereabend

von Schülern der Oberklasse des Pianisten Peter Seib.

Um ein Urteil zu gewinnen, ist es nötig den Zustand im einzelnen aufzunehmen und die gewonnenen Eindrücke mit kurzen Worten festzuhalten. Da es sich um die Malervorträge von jungen Menschen handelt, die mit aus Liebe zur Kunst Musik betreiben, so ergeben sich die nötigen Reserven von selbst. Folgen wir der Vortragsordnung:

1. Sonate op. 211 von Beethoven. Franzlein Carola Frohnhofer trug das Allegro con brio durchaus musikalisch vor, mit Verstand,

ein Verschulden nicht gefunden worden, weil er sonst die Insassen in Gefahr gebracht hätte. Gegen das freisprechende Urteil hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der Reichsanwalt erklärte sie für begründet und beantragte die Aufhebung des Urteils. Der Kraftwagenführer habe die Pflicht, seine Aufmerksamkeit auf die Fahrbahn zu richten. Wenn es nun aber im Urteil heiße, daß der Angeklagte nach seiner eigenen Angabe gesehen habe, wie der Lokomotivführer gerade aus dem unteren Teile der Lokomotive Dampf ausließ, so ergebe sich daraus, daß der Angeklagte seinen Blick von der Fahrbahn weg nach der Seite zu dem Juge gerichtet habe. Hierin liege eine Fahrlässigkeit und diese könne die Ursache des Unfalles gewesen sein. Das Reichsgericht hob heute das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Nach den Feststellungen des Landgerichts müsse angenommen werden, daß die Frau sich ganz dicht vor dem Auto befinden haben müsse; der Angeklagte hätte sie also, wenn er pflichtgemäß auf die Fahrbahn achtete hätte, sehen müssen.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 10. März.

Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages stand zunächst eine kleine Anfrage des badischen Zentrumsabg. Duffner. Dieser fragte an, ob der Reichsanwalt bereit sei, gemäß § 22 des Kaligesezes Colmar als 4. Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten festzusetzen und zwar zu einem so frühen Zeitpunkt, daß die Sommer- und Herbstabschlüsse der süddeutschen Landwirtschaft bereits auf der Frachtbasis Colmar erfolgen können.

Unterstaatssekretär Richter erklärte, daß für die Berechnung der Frachten die Festsetzung einer 4. in Elßas gelegenen Ausgangsstation erst dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn die elßassischen Kanäle in der Lage sind, den Bedarf zu decken. Das sei zurzeit noch nicht der Fall. Sollten aber im laufenden Jahre noch einige elßassische Werke Beteiligungsgesellschaften erhalten, und eine zweite große Fabrik eröffnet werden, dann werde voraussichtlich in der zweiten Hälfte 1914 eine 4. Ausgangsstation in Elßas festgesetzt werden.

Nach dieser kleinen Anfrage wird die Beratung des Kolonialrats fortgesetzt. Für die Missionstätigkeit setzte sich in längeren Ausführungen der Zentrumsabg. Schwarz ein.

Die sozialdemokratischen Angriffe auf die Eingeborenenpolitik weist der Abg. Paasche (Nat.) mit Entschiedenheit zurück. Es könne zwar recht schön von einem schwarzen Bauernstande zu reden. In Wirklichkeit arbeite aber der Regier niemals, wenn er nicht von der Not dazu getrieben wird. Paasche setzte sich dann in beredten Worten für den weiteren Ausbau des Bahnnetzes in unseren Kolonien ein.

Nach dem Abg. Paasche spricht der Volksparteil. Kammann.

Die Reform des Militärstrafgesetzbuches.

□ Berlin, 10. März. (Von u. Berl. Bur.) Die Reichstagskommission für die Reform des Militärstrafgesetzbuches behandelte heute weiter die Frage der Kontrollversammlungen. Die Fortschrittler beantragten Geltung der einschlägigen Bestimmungen nur für die Dauer der Kontrollversammlungen, das Zentrum bis zum Ablauf von zwei Stunden nach ihrem Schluß. Im Falle der Ablehnung beantragten die Fortschrittler nur die Geltung gewisser Paragraphen für den ganzen Tag und nur für Taten, die in Beziehung zu der bei der Kontrolle vorgenommenen Diensthandlung stehen.

Alle Parteien außer den Konservativen bezweifelten die Notwendigkeit der jetzt bestehenden Provis. Die Nationalliberalen erklärten, sie würden in der 1. Lesung die gestellten Anträge noch ablehnen, behalten sich aber für die

zweite Lesung einen eigenen Antrag vor, sobald über die Absichten der Deereverwaltung nähere Auskunft vorliegt.

Der preussische Kriegsminister erklärte, die Annahme der Anträge würde das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährden.

Bei der Abstimmung wurde die Geltung des Militärstrafgesetzbuches nur für die Dauer der Kontrollversammlungen gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner den Fortfall des strengen Arrestes. Das wurde abgelehnt. Weiter beantragten die Sozialdemokraten die Streichung der Strafen für leichtfertige und unvorschriftsmäßige Geschwerden. Auch das wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Ebenso ein sozialdemokratischer Antrag auf Straffreiheit für Beleidigung und Körperverletzung Vorgesetzter in Erwiderung auf eine vom Vorgesetzten zugesetzte Beleidigung oder Körperverletzung.

Der Etat für Südwestafrika.

□ Berlin, 10. März. (Von un. Berl. Bur.) In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute bei Beratung des Etats für Südwestafrika ein Antrag des Berichterstatters angenommen, wonach das Reich von den Kosten der Schutztruppe im nächsten Jahre zwei Drittel tragen soll. Konservative, Nationalliberale und Fortschrittler hatten für ein Verhältnis von 7 : 3 gestimmt.

Ein Nationalliberaler und späterhin ein Mitglied des Zentrums befrwortete die Beseitigung der Bestimmung, die manchen Truppenteilen den Anbau von Futterpflanzen usw. im Interesse der Farmer verbietet. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ein Regierungsvertreter stellte mit, daß in Südwestafrika ein einheitlicher Eisenbahntarif wegen der Verhandlungen mit der Otaviabahn bisher nicht festgelegt werden konnte. Die Verhandlungen sind aber zum Abschluß gekommen, im Juli wird die Einführung des neuen Tarifes erfolgen, der ein Staffeltarif mit Vergütung auf große Entfernungen sein wird.

Weiter wurde aus der Kommission heraus die Einführung eines Tabak- und Brauereimonopols befrwortet.

Gegen die Forderung einer inländischen Tabaksteuer für Südwestafrika wurde von den Nationalliberalen und Fortschrittler eingewendet, daß man damit ohne nennenswerte finanziellen Erfolge nur die mühselig eingeleitete Tabakpflanzungsversuche schwer schädigen würde.

Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß der Kolonialtabak dem einheimischen Tabak einen Wettbewerb bereite.

Der Staatssekretär erklärte, das sei nicht der Fall, da der Kolonialtabak zu Deckblatt verwendet würde, der einheimische nicht. Auf die Bemängelung, daß die Regierung keinen Gebrauch von ihrem Rechte gemacht habe, die Liquidation der Diamantgesellschaft zu verlangen, erwidert ein Regierungsvertreter, daß gerade im Interesse des Reiches hierauf verzichtet worden sei. Irrig sei auch die Annahme, daß die Regierung in dem vom Reichstage gewünschten Kampfe gegen die Koncessionen nicht die vorhandenen Machtmittel angewandt habe. Sie sei tatsächlich sehr unterschieden vorgegangen und habe infolgedessen fast den ganzen Landbesitz in Südwestafrika in die Hand bekommen.

Die Sonntagruhe.

□ Berlin, 10. März. (Von unsem Berliner Bureau.) Die Sonntagruhekommission des Reichstages setzte die Beratung über die Ausnahmefestsetzung für die Beschlüßigungsdauer von 10 Stunden, davon 6 kraft gesetzlicher Grundzüge und 4 kraft Anordnung der höheren Verwaltungsbehörden vor. Ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien will diese Anordnungen umdeuten, also nur 4 Sonntage gesetzlich festlegen und 6 den höheren Verwaltungsbehörden freigeben, ferner die Beschlüßigungsdauer auf nur 8 Stunden

und nicht über 7 Uhr Abends zulassen. Die Kompromißpartei wollen für Kurze und Fänge mit starkem Touristenverkehr nach Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde den Handel von arbeitswertigen Andenken, Erinnerungsgeschenken und dergleichen bis 7 Uhr abends zu gestatten, unter der Voraussetzung, daß die Angehörigen dann an jedem 3. Sonntage von jeder Arbeit befreit werden. Nach längerer Diskussion wurde der Kompromißantrag unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Frankfurt a. M., 10. März. Durch Urteil der Frankfurter Strafkammer wurde gestern der frühere Redakteur des „Lautenboten“ in Bad Gomburg v. d. Höhe Passauer, jetzt in Goldach (Ostpreußen) von der Beleidigung des Justizlehrers Hopf im Wiedernahmeverfahren freigesprochen, da, wie die Schwurgerichtsverhandlung gegen Hopf ergeben hat, die von Passauer in dem „Lautenboten“ im Jahre 1907 verbreitete Nachricht, Hopf sei wegen Vergiftung seiner Frau, um in den Besitz der Lebensversicherungssumme zu gelangen, in Untersuchung genommen, sich als wahr ergeben habe. Passauer war damals zu einer Geldstrafe von 100 M verurteilt worden.

* Aachen, 10. März. Der Main trat heute vormittag auf unterirdischem Wege in die Braunkohlengrube „Guslab“ ein und überschwemmte die Kohlenfelder. Der Betrieb wurde gestört. Die ausgebeutete Bricketfabrikation liegt auf einige Zeit still. Die große elektrische Ueberlandzentrale der Beche erleidet jedoch keinen Einfluß. Der Sachschaden ist sehr bedeutend. Die Arbeiter konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

* Bausen, 10. März. In einem umfangreichen Fabrikgebäude der Lithographischen Anstalt und Buntpapierfabrik von Gebr. Weigand brach heute morgen um 3 Uhr Großfeuer aus, welches das Gebäude vollständig einäscherte. Unter den Trümmern wurden die verkohlten Leichen von 5 Personen aufgefunden, eine sechste Person wird vermisst.

Zaberner Nachklänge.

* Strassburg i. E., 10. März. In der „Kreuzzeitung“ und andern Blättern ist unter der Spitzmarke „Vorkommnisse im Zaberner Postamt“ die Meldung eines Provinzialblattes wiedergegeben worden, nach der sieben Zaberner Postbeamten infolge der Reuteraffäre ihre Strafverurteilung zum 1. April d. J. zugestellt worden sei. Das B. Z. ist auf Anfrage bei der zuständigen Stelle an der Erklärung ermächtigt worden, daß dort von Verurteilungen, die mit der Reuteraffäre zusammenhängen, nichts bekannt und die Nachricht frei erfunden sei.

Sechstageerennen.

* Berlin, 10. März. Die Spitzengruppe ist bis auf vier Mannschaften zusammengeschmolzen. Lehmer-Aberger wurde mit einer Strafrunde belegt. Poulain-Procco sind ausgeschieden. Am 11 Uhr, der 131. Stunde, waren 3026 Km. zurückgelegt.

Die Kammerwahlen in Spanien.

* Madrid, 10. März. Bis her sind gewählt: 199 Konservative, 35 Liberale, 21 sozialistische-radikale Republikaner, 8 Unabhängige, 19 Regionalisten, 7 Reformvereinsliberaler, 4 Katholiken, 5 Anhänger Don James. Im 38. Wahlkreis fehlt das Wahlergebnis noch aus. Neue Wahlen finden in 9 Wahlkreisen statt, weil die betr. Kandidaten zweimal gewählt worden sind.

Generalstreik und Aufruhr in Rio de Janeiro.

* Rio de Janeiro, 10. März. Oberst Setembrino, Befehlshaber der Bundesstruppen in Pontoloca, der Hauptstadt des Staates

Ceara, teilte dem Kriegsminister mit, daß der Generalstreik ausgebrochen sei. Der Handel ist gelähmt, der Hafen- und Straßenbahnbetrieb stockt und die Gasanstalten werden bedroht. Bewaffnete Horden durchziehen die Stadt, bedrohen die Postanten und brechen in Privatwohnungen unter dem Vorwand ein, eine Hausdurchsuchung vornehmen zu wollen. Die Regierung ist außerstande, die Ordnung zu sichern. Die aufständischen Lagern 25 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Bundesstruppen betreiben gegenwärtig die Geschäfte- und Privathäuser. Auf Grund dieser Befehle wurde, wie bereits gemeldet, der Belagerungszustand über Ceara verhängt.

Die Entwicklung auf dem Balkan.

Deutschland und Albanien.

* Wien, 10. März. (Priv. Tel.) Die Londoner Blättermeldung, wonach das künftige Heer Albaniens von deutschen Offizieren ausgebildet werde und der Fürst Wilhelm um Bewilligung einer kleinen Mission sich an den deutschen Kaiser gewandt habe, der dem Wunsch stattgegeben haben soll, sind, wie der Berliner Korrespondent der Albinischen Zeitung erfährt, vollständig unzutreffend. Weber habe der Fürst um eine deutsche Militärmission gebeten, noch bestehe auf deutscher Seite die Ansicht, deutsche Offiziere nach Albanien zu entsenden.

Griechenlands Politik.

* Athen, 10. März. (Kammer.) Ministerpräsident Venizelos beantwortete die Angriffe der Opposition und verteidigte die Epiruspolitik der Regierung. Er erklärte, die Interessen vier Großmächte seien hier mit den Interessen Griechenlands zusammengeflohen. Auch zwang man Griechenland, sich den Entschlüssen der Großmächte zu unterwerfen. Venizelos sagte: „Ich muß den Epiroten raten, nicht im Widerstande zu beharren, da sie nichts zu gewinnen haben. Ich hielt es für meine Pflicht, die Blockade über Santa Quaranta zu verhängen, um internationale Verwicklungen zu vermeiden.“

An Ihrem Gesellschaftsabend
beleben Sie auch Salem Gold u. Salem Aleikum
Salem Gold (Goldmündstück, oval)
Salem Aleikum (Goldmündstück, rund)
Preis Mk. 3.40 u. 2.10
Cognac, Tabak, u. Cigaretten
Trusifrei!

Salem Gold
(Goldmündstück, oval)
Salem Aleikum
(Goldmündstück, rund)
Preis Mk. 3.40 u. 2.10
Cognac, Tabak, u. Cigaretten
Trusifrei!

Waldlauf gründlich über's Ohr zu hauen. Sie lassen sich die Vorbereitungen viel kosten, müssen aber leider einsehen, daß sie mit ihrer List zu spät gekommen sind.
Ein Carnegie-Film für den Haager Friedenspalast.
Aus Haag wird gemeldet: Neben seinem jüngsten Friedenspreis hat Hr. Andrew Carnegie dem Haager Friedenspalast noch ein anderes originelles Geschenk gemacht. Er unterzog sich nämlich kürzlich, als er in der New Yorker Friedensgesellschaft eine seiner Friedensreden hielt, einer besonderen Filmaufnahme, während gleichzeitig seine Worte einem Phonographen anvertraut wurden. Den Film wie den Phonographen überfandte Hr. Carnegie sofort dem Haager Friedenspalast als Geschenk zur Einweihung in sein Museum.
Theaternachrichten.

Den Neubau eines Stadttheaters in Bonn nach dem Entwurf von Professor Beckerlein hat der Bonner Theaterverein in seiner letzten Hauptversammlung beschlossen. Der Verein hat in den drei Jahren seines Bestehens 395 611 M. angesammelt, 300 000 M. haben die Stadtverordneten beim Regierungsjubiläum des Kaisers bewilligt, so daß insgesamt 695 611 M. für den Neubau zur Verfügung stehen. Erforderlich sind rund 900 000 Mark, die fehlenden 200 000 M. sollen durch Ausgabe von Anteilscheinen aufgebracht werden, für die die Stadt Bonn die Gms. und Tilgungsbürgschaft übernehmen wird. Mit dem Neubau, der auf einem holländischen Grundstück ausgeführt wird, muß bis 1. April begonnen werden, da mehrere Geldgeber das zur Bedingung gemacht haben. — Otto von Guericke's Tragödie der

nis den Durchführungsteil gliedernd, nicht ohne Anlage zum „brío“. Die Handgelenktechnik ist vorzüglich entwickelt, die gedehnten Oktavengänge — die auf einem Steinway-Konzertflügel mit tiefem Tastenfall doppelt schwierig sind — gerieten sehr lobenswert.

2. Nocturne E-dur von Schumann (op. 21, VII). Fräulein Martha Jäck brachte die schwierigen Oktaven kräftig und sicher heraus. Sie hat wohl weniger „brío“ als Kraft, aber einen schönen, vollen Ton brachte die junge Spielerin zuwege. Der Mittelsatz in A-dur hätte etwas weicher („romantischer“) klingen sollen, doch mag hier wie im Bedalgebrauch der Mangel an Routine mitgesprochen haben.

3. Finale der E-dur-Sonate von C. M. von Weber. Herr Hans Frisch brachte das unter dem Namen Perpetuum mobile bekannte, meist abgelehnte und daher vielverkannte Stück wieder zu Ehren. Er nahm das Presto leicht fliehend, leicht und flüchtig, nie überreizt, beschränkte den Gebrauch des rechten Pedales auf das Notwendige und brachte so die rechte Klarheit in dies vornehme Musikstück. Da er auch Webers „sücco“ zur Geltung brachte, da er echtes Klavier-talent zeigte, so geriet das Ganze sehr gut. Mit Geschmack spielte Herr Frisch den epischen A-dur-Teil, das Bahnhema vorzüglich drossierend, vortrefflich geriet die schwere Stelle, wo die Bassoktaven gegen das fließende Hauptthema kontrastieren.

4. Sehr anmutig und geschickter bot Fräulein Wilma Kuehn Schumanns Babilons, und wenn alle junge Mädchen dabei so hübsche Musik machen, so können wir zufrieden sein!

5. Rhapsodie G-moll von Brahms. Das 79. Werk des Meisters hat es „an sich“, und namentlich die Rhapsodie G-moll. Hier können so leicht Irrungen des Gehörtaufhases vorkommen. Herr Gustav Nagler, der — wie alle geübten Klavierpieler — ohne Noten vorliest, bewältigte den schwierigen Durchführungsstil überraschend gut und gab den ganzen Satz mit scharfer Charakteristik. Es mag schwer sein, in begrifflicher Erregung die rechte Wirkung des Pedales zu berechnen, aber nächstens wird Herr Nagler die gebotene Entfaltung üben und sich reichlich belohnt finden.

6. Konzertstück von Weber (in Franz Liszt's Ausgabe). Hier zeigte Fräulein Carola Frohnbecker, auf einem zweiten Konzertflügel von Herrn Peter Seib meisterlich geleitet und gleichsam getragen, wie viel echte Musik in ihr lebt und weht. Ihre Technik ist gut entwickelt, das ganze Werk war tüchtig durchgearbeitet, der Vortrag lobenswert.

7. Eine seltene Freude: einmal wieder Gombard zu hören, und Herr Frisch offenbarte Kraft, Feuer, Wucht und echtes Klavier-talent. Er „hat etwas“ für die Deffentlichkeit! Den zweiten Satz der Sonate fantastique, das Scherzo les farfadets (die Frevler) spielte der junge Pianist mit feinstem technischen Schlich.

8. Nach Sonnenuntergang, ein Nocturno von C. Schubert. Schwerin spielt Herr Nagler mit schönem Ton und diskretem Pedalgebrauch. Die Aufregung hatte sich gelegt und nun geriet die schwierige A-dur-Polonaise von Chopin sehr tüchtig. Der Hauptsatz wurde durch etwas breiteres Zeitmaß gewinnen, die Oktavtechnik

aber — die gefährliche Diatonostelle — geriet in besser Form.

Den Schluß machte Mendelssohns Overture Rus Bios in achtbändiger Bearbeitung von den vier vorgenannten Damen vorgetragen. Die beiden Konzertflügel von Steinway und Blüthner (vom Lager der Hofmusikalienhandlung H. Ferd. Gockel) gaben voll aus und die Ensemble-Masse behand in Ehren.

Das Besondere lautete demnach: Herr Peter Seib ist ein vorzüglicher Lehrer und ein echter Musiker. Es war eine Freude, so viel Talent und Fleiß aufgewandt, so viel echte Liebe zur Musik ohne falschen Brunk beläufig zu sehen und zu hören.

A. Bl. (in Vertretung.)

Freilicht-Aufführungen in Salzburg.

In dem Programme des Salzburger Musikfestes 1914 sind Freilichtaufführungen vorgesehen, die auf dem Naturtheater des Mirabellparks stattfinden sollen. Das Darmstädter Stadttheater will den „Orpheus“ von Gluck, dessen zweihundertster Geburtstag in die Nähe des Mozartfestes fällt, in einer ganz eigenartigen, der natürlichen Umgebung angepaßten Inszenierung dem Freilichttheater zuführen. Die Tänze sollen von der Darmstädter Danceschule ausgeführt werden.

Ein neues Lustspiel von Gorki.

„Der Empfang“, ist dieser Tage in einem Petersburger Volkstheater von Arbeitern aufgeführt worden. Der Inhalt ist kurz der, daß Kaufleute darauf ausgehen, einen Fürsten beim

den. Auf einen Vorstoß der Opposition erklärte Venizelos, das Griechenland die Vorherrschaft im ägäischen Meer besatz und jetzt noch besitzen und behaupten werde. (Wiederholter Beifall.) Venizelos gab zu, daß er die Bildung einiger Bataillone im Epirus zwar nicht verhindert, aber auch nicht unterstützt habe. Das griechische Volk sehe ein, daß seine Interessen im Epirus zurückgehen müssen und mache die Regierung nicht dafür verantwortlich. Venizelos sagte: „Ich hoffe, daß das Volk das schwere Opfer tapfer auf sich nehme. Auf einen Vorstoß Theotokis, die Regierung solle sich inoffizieller Unterstützung seitens gewisser Mächte sichern, erklärte Venizelos mit gehobener Stimme, Rußland trete warm für die Interessen Griechenlands zu allen Zeiten, besonders aber während der beiden letzten Kriege ein. Venizelos sprach von der Begründung Albanens und erklärte, Albanien könne trotz der Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Grenze bei Griechenland wie bei Serbien auf aufrichtige Freundschaft rechnen. Die Sitzung dauerte bis um 4 Uhr morgens.

Bürgerausschussitzung

am Dienstag, den 10. März.

Oberbürgermeister Ruder eröffnet die Sitzung um 3.30 Uhr in Anwesenheit von 113 Mitgliedern. Die Galerie ist gut besetzt.

Kurze Anfragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden folgende „Kurze Anfragen“ beantwortet, die zur heutigen Sitzung eingelaufen sind:

Die Bürgerausschussfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei hat an den Stadtrat nachstehende kurze Anfrage gerichtet:

Mannheim, 2. März 1914.

Ich bin verehrt, Stadtrat hier.

Der verehrt, Stadtrat wird für die nächste Sitzung des Bürgerausschusses um die Beantwortung folgender kurzen Anfrage ersucht:

„Wie weit sind die Beratungen über die Anlage des Personalrats im Gange?“

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei: Dr. Max Jellsohn, Dr. Fritz J. Benschelmer, Dr. Weingart, Hofmeister.

Bürgermeister Dr. Finter erteilt folgende Antwort:

„Das Nebenamt hat bereits gestern 20. Mai 1913 ein erstes Projekt über den Personalrat vorgelegt. Eine vom Bürgermeisterrat vorangetragene nochmalige Darüberlegung führt zu einem zweiten Projekt, das am 8. April 1913 zur Vorlage kam. Auch dieses Projekt entsprach indes nicht in allen Punkten den Forderungen des Herrn Oberbürgermeisters Ruder und wurde deshalb zur nochmaligen Überarbeitung zurückgegeben. Die vom Nebenamt hergestellte, ist in etwa 2 Wochen die Vorlage eines abgemessenen Entwurfsprojektes über die bei der Beschäftigung gültigen geltenden neuen Ideen zu erwarten. Die Besprechung ist dadurch zu erklären, daß es sich als notwendig erwies, das Projekt in Zusammenhang zu bringen mit dem Entwurf in Zusammenhang beschlossenen generellen Organisationsplan für den Mannheimer, dessen Ausarbeitung ebenfalls wieder eingehend geprüft werden mußte. Das Sachverhalte ist bis heute bis 30. in Aussicht gestellt.“

Die Stv. Galden, Zimmermann und Schenk haben an den Stadtrat folgende Anfrage gerichtet:

„Ist der Stadtrat über die vielfach unzureichenden Einkommensverhältnisse des Personals der Oberbürgerlichen Eisenbahngesellschaft im Gange?“

Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei: Dr. Max Jellsohn, Dr. Fritz J. Benschelmer, Dr. Weingart, Hofmeister.

Bürgermeister Dr. Finter erteilt folgende Antwort:

„Anfang August 1911 wurde der Stadtrat gebeten, ein Gesetz zur Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der hiesigen Soldaten der Oberbürgerlichen Eisenbahngesellschaft zu prüfen und zu unterstützen. Der Stadtrat erwiderte darauf seine Vertreter in Aufschub, die Verbesserung der Anstellungsverhältnisse wohlwollend zu prüfen; gleichzeitig gab er dem erlöschenden Verband bekannt, daß im übrigen die Beschaffung der Gehaltsverhältnisse zur ausschließlichen Angelegenheit der Gesellschaft sei.“

Im November 1911 stimmte der Ausschuss der Gesellschaft den Vorschlag des Vorstandes an, die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Soldaten und Arbeiter zu. Auf verschiedene Erörterungen

„Reinheit Altkäse und ihr Kind“ wird am 15. d. Mts. als literarische Matinee in den Vereinigten Chemnitzer Stadttheatern zur Aufführung gelangen. — Leo Fall hat eine neue Operette „Die Kaiserin“ komponiert. Das Libretto wurde nach Franz v. Schöthan's Komödie „Maria Theresia“ von Hammer und Grünwald geschrieben. Der neue Fall wurde von Slavinski für das Theater des Reichs in Berlin erworben, wo er in der nächsten Saison zur Aufführung kommen wird. — Die Königl. Sängerin Frau Claire Dux von der Königl. Oper zu Berlin ist auf der Ueberfahrt von London nach Wlissingen um ihre Verlobung in Höhe von 24000 M. bestohlen worden. Sie befand sich auf der Rückreise von einem Gastspiel. Die Sängerin ist durch den Vorfall so ausgeregt, daß sie das geplante Gastspiel in Wlissingen aufgeben mußte. — Carl Oberhard vom Deutschen Landestheater zu Prag wurde anlässlich eines Gastspiels in Altenburg mit der silbernen Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. (Carl Oberhard gastierte vor einigen Tagen auch in Mannheim a. G. als „Carlos“.)

Die Leipziger Intendantenkrise.

Die Intendantenkrise in den Leipziger Stadttheatern ist nunmehr akut geworden. Geh. Rat Ritterfeld wird heute den Rat der Stadt in einem Schreiben auffordern, Vorschläge zur Lösung der Verhältnisse in beiderseitigen Interesse zu machen. Als vorläufiger Nachfolger wird Direktor Tauber von den Vereinigten Chemnitzer Stadttheatern genannt.

in der Presse, die der Oberbürgermeister dem Vorstand des Ausschusses im Herbst 1913 angekündigt hatte, teilte dieser die Erklärung der Direktion über die Dienstverhältnisse des Personals mit unter Aufhebung der Gehaltsordnung der Beamten, der Lohnordnung für Arbeiter und der Grundzüge für Urlaubsberechnung.

Im September 1913 ist dem Bürgermeisterrat eine Bitte der Beamten des Bahnbetriebs der D. O. G. an die Direktion um Gewährung einer Teuerungszulage und Uebernahme von Pensionen übergeben worden. Ueber diese Eingabe fand eine Unterredung mit dem Vorstand der Gesellschaft statt. Der Ausschuss hat dem Gesuch zwar nicht entsprochen, jedoch weitere Prüfung je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft vorbehalten. Der Stadtrat wird die Einkommensverhältnisse des Personals der D. O. G. im Auge behalten und erforderlichenfalls die Vertreter der Stadt im Ausschuss um geeignete Einwirkung ersuchen.

Erwerbung von Grundstücken.

Für die Stadtgemeinde wurden vier Grundstücke auf den Gemarkungen Alt-Mannheim, Kaiserl. und Sandhofen im Gesamtflächeninhalt von 134 Ar 80 Quadratmeter zu 50 Pfg. bis 4 Mark pro Quadratmeter oder zum Gesamtkaufpreis von 35 692.50 M. erworben. Beim Bürgerausschuss werden 37 400 M. zur Zahlung der Kaufpreise und der Kosten angefordert.

Stv. B. Wensinger empfiehlt die Vorlage zur Annahme, was einstimmig erfolgte.

Erwerbung des Hauses U 2, 7.

Der Bürgerausschuss beantragt: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zur Erwerbung des Hauses U 2, 7 zum Preise von 40 000 M. und zur Verwendung von Grundstücken bis zur Höhe von 42 000 M. zur Zahlung des Kaufpreises und der Kosten mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren seine Zustimmung erteilen.“

Stv. B. Wensinger empfiehlt die Vorlage zur Annahme, obwohl das Anwesen zu teuer sei nach der Schätzung, aber die Stadt befindet sich in einer Zwangslage.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Verkauf des Bauplatzes Lugenbergstraße 17 im Stadtteil Waldhof.

Der Stadtrat stellt den Antrag: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zum öffentlichen Verkauf des Bauplatzes Lugenbergstraße 17 im Maße von 546 Quadratmeter unter Inangriffnahme eines Anschlagpreises von 22.50 M. für den Quadratmeter seine Zustimmung erteilen.“

Die Vorlage wird nach eingehenden Ausführungen des Stv. B. Weis einstimmig angenommen.

Geländeverkauf vom Detallierplatz an den Militärstützpunkt.

Der Stadtrat stellt den Antrag: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zum Verkauf eines weiteren Teils des derzeitigen Detallierplatzes Lg. Nr. 61c im Flächenmaße von etwa 888 Quadratmeter an den Reichs. Militär-Stützpunkt zum Preise von 8 Mark für den Quadratmeter einschließlich etwaiger Straßenarbeiten seine Zustimmung erteilen.“

Stv. B. Wensheimer empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Stv. B. Wensinger weist darauf hin, daß die verbleibenden Grundstücke sehr ungünstig für die Stadt seien für die Kreuzung und regt an, in nochmalige Verhandlungen einzutreten.

Bürgermeister Dr. Finter gesteht die Bedenken des Vorredners, indem schon vor Jahren durch das Grundstück der Bau einer Straße geplant sei. Die Vorlage wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Versteigerung des südlichen Bauplatzes Schulstraße Nr. 23 im Stadtteil Neudorf.

Der Stadtrat beantragt: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zu der Versteigerung des Bauplatzes Lg. Nr. 10759 im Stadtteil Neudorf im Maße von 1375 Quadratmeter zum Preise von 15.50 M. für den Quadratmeter — 21 312.50 M. seine Zustimmung erteilen.“

Stv. B. Weis empfiehlt kurz die Annahme der Vorlage.

Stv. Fuchs wünscht die Beschleunigung der Versteigerung von südlichen Bauplatzen an der Sedanmeierstraße, damit der Wohnungsmarkt günstig beeinflusst wird.

Der Vorsitzende sagt Prüfung der Anregung zu.

Zu der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Verkauf von Bauplatzen an der Bahnd., Wald- und Karl Ludwigstraße.

Der Stadtrat stellt den Antrag: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß der Mindestanschlagpreise (einschließlich Straßen- und Baum. Anschlagkosten) für die öffentliche Versteigerung der Bauplatze Lg. Nr. 3, 5 und 7 auf 42 Mark und der Bauplatze Waldstraße Nr. 5 und 7, sowie Karl Ludwigstraße Nr. 5 und 7 auf 40 Mark für den Quadratmeter herabgesetzt wird.“

Stv. B. Wensheimer empfiehlt die Annahme der Vorlage im Sinne der Stadträtlichen Begründung. Man müsse sich bei Prüfung der Vorlage allerdings fragen, ob die Platzstücke eingeteilt seien oder ob die mehr auf das Quadratkilometer zugeschnittene Bauordnung an der ungenügenden Verwendung der Plätze schuld sei. Man sollte entweder die Plätze dieser Zone anders einteilen oder die Bauordnung umgestalten.

Stv. Sator pflichtet dem Vorredner bei, daß nach der einen oder anderen Seite Mängel herrschen müssen. Er möchte an den Stadtrat die Anfrage richten, bis wann die seit dem 1. November 1913 in Kraft getretene Bauordnung in Druck erscheine.

Bürgermeister Dr. Finter: Es liegt keine amtliche Ausgabe vor. Die Bauordnung, die

herausgegeben wird, erfolgt nicht von Seiten der Stadt.

Die Vorlage wird hierauf angenommen.

Herstellung der Hansastraße.

Der Stadtrat beantragt: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle: 1. zur Herstellung der Hansastraße (einschl. Kanalisation und Gas- und Wasserleitungen) in der Strecke zwischen Bahndamm und der Waldhofstraße sowie für die Gas- und Wasserleitungen nebst Beleuchtungsanlage in der Strecke zwischen dem Bahndamm und der Industriestraße die Verwendung von Anlehensmitteln im Betrage von 68 568 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren genehmigen, 2. beschließen, daß die Eigentümer der an die Hansastraße zwischen der Waldhofstraße und dem Bahndamm angrenzenden Grundstücke nach den allgemeinen Grundregeln über die Umlegung der Straßenkosten auf Grund der angeschlossenen Beiträge zu den Straßenkosten beigezogen werden.“

Stv. B. Pfeiffle empfiehlt die Vorlage zur Annahme.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Herstellung einer Straßenbahnlinie durch die Hansastraße zwischen der Industriestraße und der Waldhofstraße.

Der Stadtrat beantragt: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle für die Herstellung einer Straßenbahnlinie durch die Hansastraße zwischen der Industriestraße und der Waldhofstraße aus Anlehensmitteln einen Kredit von 32 700 Mark mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen.“

Stv. B. Weis empfiehlt die Annahme der Vorlage, was auch einstimmig erfolgte.

Herstellung eines Abstellgleises bei der Fabrikation.

Der Stadtrat beantragt: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zur Herstellung eines Abstellgleises in der Fabrikationsstraße aus Anlehensmitteln einen Kredit von 16 900 Mark mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligen.“

Die Vorlage wird nach Begründung des Stv. B. Weis einstimmig angenommen.

Gleisbau für die Industriehafenvermehrung.

Der Stadtrat stellt den Antrag: „Verehrlicher Bürgerausschuss wolle zur Ausführung der geplanten Gleisänderungen an der Dissenstraße seine Zustimmung erteilen und zur Bestreitung des dadurch entstehenden Aufwandes aus Anlehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren einen Kredit von 54 700 Mark bewilligen.“

Stv. B. Wensheimer begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. Fahn kritisiert bei der Vorlage, daß diese Auslage hätte erspart werden können, wenn man früher die Gleise gleich richtig gebaut hätte. Es heißt sehr eigenartig, daß es der Stadt nicht gelungen sei, einen niederen Preis für das Gelände zu erzielen. Die Stadt habe damals das Gelände an die Petroleumgesellschaft zum Preise von 7.50 Mark pro Quadratmeter verkauft. Die Stadt müsse nun der Petroleumgesellschaft 12 Mark für den Quadratmeter bezahlen. Er sei der Meinung, daß mit Rücksicht darauf, daß die Stadt der Industrie sehr entgegenkomme, auch die Petroleumgesellschaft etwas mehr hätte entgegenkommen müssen. Seine Partei wolle aber nicht gegen die Vorlage stimmen, sondern empfehle sie zur Annahme.

Bürgermeister Dr. Finter bemerkt, wenn die Stadtverwaltung im Jahre 1907 die Entwicklung der Dinge gekannt hätte, würde man auch eine andere Anlage gebaut haben. Wenn man den wirtschaftlichen Effekt der Frage betrachte, so müsse man sich fragen, ob es nicht zweckmäßiger war, ein kleines Probiorium zu erstellen und damit die Zinsen der großen Anlage zu erfahren und jetzt erst nach Eintreten des Bedürfnisses die große Anlage zu erstellen. Auch der Stadtrat habe behauptet, daß die Petroleumgesellschaft kein größeres Entgegenkommen bezeugt habe. Es wäre gerecht gewesen, wenn die Firma das Gelände zu gleichen Preis an die Stadt zurückgegeben hätte, zu dem sie es bekommen habe.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Zweigliedriger Ausbau der Nebenbahn Mannheim-Weinheim.

Der Bürgerausschuss hat zum Abschluß der Vereinbarung mit der Oberhessischen Eisenbahngesellschaft und zur Abholung des Schulfreiwilts von ungefähr 440 Quadratmeter seine Zustimmung zu erteilen.

Stv. B. Wensinger empfiehlt namens des Stadtverordnetenvorstandes die Annahme der Vorlage.

Stv. Straßer bemerkt, seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Hedner stellt die Anfrage, warum die Erbauung der Linie Mannheim-Schriesheim so lange auf sich warten lasse. Er stelle die Anfrage, obwohl sie nicht direkt im Zusammenhang mit der Vorlage stehe, denn es wäre dringend wünschenswert, daß eine Antwort erfolge, weil man in einzelnen Gemeinden, die an dem Bahnbau interessiert sind, beachtliche von den Jageländnissen zurückzutreten, weil man überhaupt nicht mehr daran glaube, daß die Linie in absehbarer Zeit fertiggestellt wird.

Oberbürgermeister Ruder verweist darauf, daß eine Verantwortung der Anfrage gerichteten Ordnungsmäßig nicht zulässig ist. Man habe für derartige Anfragen die „Kleinen Anfragen“ geschaffen.

Stv. Weis: Ich glaube, daß wir infolge der Reueinführung der „Kurzen Anfragen“ von unserer altbewährten Methode, Anfragen zu stel-

len, die nicht direkt mit der Vorlage zusammenhängen, verzichten sollen. Der Herr Oberbürgermeister wird sich noch davon überzeugen, daß der bisherige Usus ein ganz guter ist. Es ist häufig im Interesse der Allgemeinheit gelegen, daß auf Anfragen von Regierungseite aus eine kurze Antwort gegeben wird. In diesem Falle wäre es außerordentlich wertvoll zur Beruhigung der Gemüter, wenn der Stadtrat auf die alte Übung zurückkommt.

Oberbürgermeister Ruder: Die Geschäftsordnungsfrage können wir heute nicht weiter verfolgen. Wenn die „Kurzen Anfragen“ wirklich einen Zweck haben sollen, kann dieser Weg allein gegangen werden. Dieser Weg gestattet dem Stadtrat, sich auf alle Anfragen vorzubereiten. Andernfalls müßte vielleicht eine Antwort gegeben werden, die nicht ganz einwandfrei ist. Ich glaube, daß wir auf die Anfrage nicht weiter eingehen sollen.

In der darauffolgenden Abstimmung ward die Vorlage einstimmig angenommen.

Abgabe von Strom aus dem städt. Elektrizitätswerk.

Der Stadtrat beantragt ursprünglich, der Bürgerausschuss wolle 1) von den Beschlüssen des Stadtrats über die Ermäßigung des allgemeinen Strompreises für Läden, Werkstätten und Wirtschaften Kenntnis nehmen; 2) folgender Ergänzung der Strombezugsbedingungen zustimmen: Paragr. 11. Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen können in einzelnen Fällen vom Stadtrat eingeräumt werden; 3) die Verminderung der Garantiesumme auf 20 Prozent und der Garantzeit auf 3 Jahre mit Wirkung vom 1. Januar 1914 ab, und die Anwendung dieser Verringerung auf die bestehenden Verträge in der angegebenen Weise gut-

heissen.

Bürgermeister Ritter gibt bekannt, daß der Stadtrat bezügl. des Antrags, daß dem Stadtrat ein für allemal das Recht zustehen soll, Ausnahmen in einzelnen Fällen bei der Stromlieferung zu bewilligen, sich dem Stadtverordnetenvorstand angeschlossen hat, wonach der Stadtrat dieses Recht für 10 Jahre zustehen soll. Von der sozialdemokratischen Fraktion liegt der Antrag vor, dieses Verfügungsrecht auf 3 Jahre zu beschränken.

Stv. B. Pfeiffle stellt fest, daß der Stadtverordnetenvorstand an seinem Antrag festhält, da er zu dem sozialdemokratischen Antrag bezüglich der Riffer 2 des städtischen Antrags noch nicht Stellung nehmen konnte.

Stv. Radoh Kramer gibt namens der sozialliberalen Fraktion die Erklärung ab, daß diese der städtischen Vorlage zustimme und führt aus: Wir geben der Freude Ausdruck, daß der Stadtrat unserer Resolution auf Minderung des Preises zugestimmt hat. Leider aber ist unsere zweite Resolution, die Herabsetzung des Lichtstrompreises, nicht genehmigt worden. Wir wollen aus den Gründen, die in der unglücklichen Lage des Voranschlags liegen, nicht verzweifeln. Wir wollen aber den Wunsch aussprechen, daß der Stadtrat sobald wie möglich die Fragen von neuem prüft.

Stv. Schmidt ersucht, den sozialdemokratischen Antrag zu unterstützen, und die Frist auf 3 Jahre festzusetzen.

Stv. Hartmann: Ich schließe mich den Worten meines Fraktionsfreundes R. Kramer voll an. In zweiter Linie muß ich mein Bedauern aussprechen, daß es nicht möglich war, den berechtigten Wünschen der Lichtstrombezieher zu entsprechen und den Strombezug zu ermäßigen. Es ist bekannt, daß eine Strompreiserhöhung immer Vorteile hat. Dies geht aus dem Bericht des statistischen Amtes hervor, dem zu entnehmen ist, daß seit der Ermäßigung des Strompreises der Strombezug ganz bedeutend zugenommen hat. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß der Stadtrat unseren berechtigten Wünschen nicht entsprochen hat.

Stv. Walle bedauert, daß die Presse nicht herabgesetzt werden könnten. Er könne sich auch den Gründen nicht anschließen, die in der Vorlage enthalten seien. Seine Fraktion behalte sich vor, neue Anträge zu stellen. Im übrigen stimme er der Vorlage zu.

Stv. Wensinger bemerkt, daß ihm die 10-jährige Dauer unzulässig sei. In diesem Verbleibe die Hälfte des Bürgerausschlusses aus. Die Hälfte kommt aber immer wieder zurück. Es wäre deshalb empfehlenswert, wenn wir die Frist auf den 31. Dezember 1917 festsetzen. In der Zwischenzeit hat der Stadtrat Gelegenheit, wiederum mit dieser Frage an den Bürgerausschuss heranzutreten.

Stv. Schmidt ist mit diesem Vorschlage des Vorredners einverstanden.

Bürgermeister Ritter ersucht, dem Vorschlage des Stadtrates zuzustimmen und betont, daß schon gesagt worden sei, daß der Stadtrat nur in wirklich dringenden Ausnahmefällen von der ihm eingeräumten Befugnis Gebrauch gemacht habe, und zwar bisher nur in 3 Fällen. Das erstmalig betraf es das Strebelwerk. Es hatte sich darum gehandelt, durch eine kleine Konzession betreffend der Schwarzzeit entgegenzukommen. Wir laden dies, denn das Strebelwerk ist unser größter Stromabnehmer. Der zweite Fall betraf ein Uebereinkommen mit der Breussch-Hessischen Bahn. Als der Bahnhof Waldhof umgebaut wurde, da mußten auch einige Bestimmungen getroffen werden, denn der Strom wurde gleichmäßig berechnet. Es mußte natürlich von mancher Bestimmung abgesehen werden. Die dritte Ausnahme wurde erwährt gegenüber der Großherzoglichen Sächsischen Staatseisenbahn und zwar hatte es sich gehandelt um den Anschluß an das Bahn-Elektrizitätswerk. Bis zur Erstellung des Wurgwerkes soll nötigenfalls Strom abgegeben werden an die Bahnhauptverwaltung.

(Schluß folgt.)

Kommunalpolitiches.

Baddeheim, 5. März. Die Bürgerausschussung am gestrigen Abend war mit einer Unannehmlichkeit besetzt. Es wurde der vom Gemeinderat vorbereitete Gemeindehaushalt für das Jahr 1914 beraten...

Blansfurt, 9. März. Zur vorgestrigen Bürgerausschussung waren 53 Mitglieder erschienen. Der Vorsitzende gab bekannt, dass inzwischen ein Antrag der Bürgerausschussfraktion eingelaufen ist...

Selbst nur 1000 M. und auf den Titel Porto nur 100 M. einzustellen. Der Vorsitzende entgegnete zu diesem Antrag: Die Ausgaben sind nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre eingeteilt...

ausschlag mit der Umlage von 46 Pfg. mit 43 gegen 9 Stimmen angenommen. An Umlage sind 55.530 M. aufzubringen...

Sandbach, 5. März. Der Bürgerausschuss der gestrigen Voranmeldung für 1914 durchüberreichte hatte, beanstandete die Höhe der Schuldentilgung...

Ueberbach, 5. März. Der Bürgerausschuss genehmigte den städtischen Voranmeldung für 1914. Darnach beträgt das Vermögensvermögen 15.485.100 M...

Karlruhe, 6. März. Der Stadtrat erklärte sich nach Verhandlungen mit dem Grund- und Haus...

Wessertalverein grundsätzlich mit der Errichtung einer gemeinsamen Doppelbahnverbindung...

Donauschingen, 5. März. Wie verlautet muß die Stadtgemeinde an die Kaiserliche Eisenbahngesellschaft überhanden...

BC. Offenbach, 6. März. Der Bürgerausschuss genehmigte die Summe von 151.000 M für die Erweiterung der Kolonnenbauten...

Tägliche Sport-Zeitung

Herdelsport. Ein neues Verbot bei Frankfurt. Wie die 'Freie P.' hört, beabsichtigt Rittmeister a. D. Baumann, sein Verbot...

Automobilrennen um den Florio-Pokal. Für das Automobilrennen um den Florio-Pokal, das am 1. Juni auf einer sardinischen Rennstrecke stattfinden wird...

Rudersport. Sanftberufung des Oberrheinischen Regattabereins. Die ordentliche Generalversammlung des Oberrheinischen Regattabereins fand dieser Tage in Straßburg unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Pauli statt...

Radsport. VII. Berliner Sechstage-Rennen. In der Nacht vom Sonntag zum Montag häuften sich wieder die Ereignisse, wenn auch noch immer keine entscheidende Sprengung der Spitzengruppe herbeigeführt wurde...

anfang 1914, der vorsichtig aufgestellt wurde und in Ein- und Ausgaben mit 5115 M. abschließt. Bei der Regatta wird mit 2000 M. Einnahmen und 4200 M. Ausgaben gerechnet...

äußerst unangenehme Szene ab, da bei der Verladung der Resultate Thormann, der Manager von Bank-Marx, eine aufwiegende Ansprache an das Publikum richtete...

Internationales Wettschwimmen in Breslau. Am Sonntag veranstaltete der Breslauer Schwimmverein Borussia-Silesia sein zweites internationales Schwimmschwimmwettbewerb...

4088; 2. Alter S.-B. Breslau 4082. - II. Rasse Straße, 3. Meter. I. W. Hines-Breslau 34,8 Sek. 2. Falsch-Breslau. - Wasserball: Freundschafts-Torne-Glad gegen Borussia-Silesia-Breslau 2:1. Kassenliste. sr. Fußball-Spielmann Halle Magdeburg...

Schwimmwettbewerb. sr. Internationales Wettschwimmen in Breslau. Am Sonntag veranstaltete der Breslauer Schwimmverein Borussia-Silesia sein zweites internationales Schwimmschwimmwettbewerb...

Die Wahrheit.

Von E. Feretti. (Nachdruck verboten.) Heute morgens, ich lag noch im Bette, trat Francesco bei mir ein. Ich hörte, wie der Diener ihn abhalten wollte, aber das gab es bei Francesco nicht...

ich weiß, sie hat deinen Vetter Carlo auch so angebracht. Also was ist's mit dieser Violetta Calmuzzi? Aber nimm einen Schluck Absinth. Und da sind Zigaretten. Francesco trank und zündete sich eine von meinen Negyptischen an...

Nein, nein, sie ist mit keiner zu vergleichen, die du kanntest und die ich kannte. Ich weiß, du liebst die Blondinen. Aber sie ist nicht blond. Dich entzücken die Schönen. Und sie ist nicht schlank...

Sie war das gerade Gegenteil von jenen Mädchen, für die ich mich begeistern kann. Ich hätte mich nicht getraut, auch während meines Gesprächs flog von ihr nichts zu mir herüber, was mich nur im geringsten berührt hätte...



Handels- und Industrie-Zeitung

Die Sparversicherung.

Von Regierungsrat Dr. Friedlinghaus.
 VV. Die Mitgliederversammlung des Deutschen Sparkassenverbandes hat in ihrer Tagung vom 6. Dezember 1913 nach einem Vortrag des Geh. Oberregierungsrat Generalandtschaftsdirektor Dr. Kapp in Königsberg und nach einem Korreferat des Geh. Regierungsrat Landrat Büchting in Limburg den bedeutsamen Beschluß gefaßt, daß öffentliche Lebensversicherungsanstalten und öffentliche Sparkassen in Zukunft zusammengehen und daß die ersteren durch die letzteren unterstützt werden sollen. Alle die, die den Wunsch haben, daß unsere öffentlichen Sparkassen noch mehr modernisiert werden, werden einen solchen Beschluß gewiß begrüßen; denn die Lebensversicherung ist ja nur eine besondere Art des Sparens und erscheint deshalb in ihren Augen natürlich, daß die Sparkassen auf die Lebensversicherung einen Einfluß gewinnen.

Die Lebensversicherung wird bei uns in Deutschland von privaten und öffentlichen Lebensversicherungsanstalten betrieben. Die privaten Anstalten haben sich im Jahre 1912 mit Ausnahme der „Viktoria“ und der „Friedrich Wilhelm“ zu der „Deutschen Volksversicherung A.-G. in Berlin“ zu dem ausgesprochenen Zwecke zusammengeschlossen, den minder bemittelten Volksschichten die Lebensversicherung auf gemeinnütziger Grundlage zu ermöglichen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2 Millionen Mark, daneben steht der Gesellschaft für die Kosten der ersten Einrichtung ein von den Gründern gestifteter unverzinslicher Organisationsfond von 1 Million Mark zur Verfügung. Die Gemeinnützigkeit ist dadurch sicher gestellt, daß 80% des Gewinnes den Versicherten vorweg zufließen und erst der Rest zu einer Dividende auf das Aktienkapital benutzt wird, die jedoch 4% des Stammkapitals nicht übersteigen darf.

In demselben Jahre trat der „Verband der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, eine gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts“, ins Leben. Der Verband hat Geschäftsstellen in fast allen deutschen Bundesstaaten unter Anleitung an die größeren Kommunalverbände eingerichtet. In Preußen sind die Provinzen und hier insbesondere die provinziellen Feuerversicherungsgesellschaften die Inhaber der Geschäftsstelle. Anfangs war beabsichtigt, die „Öffentlichen“ in die Deutsche Volksversicherung hineinzuziehen um der sozialdemokratischen Lebensversicherungsanstalt „Volksfürsorge in Hamburg einen starken Damm entgegenzusetzen. Leider ist es zu dieser Vereinigung nicht gekommen; die Gründe sollen hier nicht auseinandergesetzt werden, sie sind in einer soeben erschienenen Schrift „Die deutsche Volksversicherung“ von dem Reichstagsabgeordneten Behrens behandelt, der gegen die „Öffentlichen“ Stellung nimmt. Tatsache ist jedenfalls, daß wir augenblicklich zwei gemeinnützige große Volksversicherungsanstalten haben, die die dritte Anstalt, die sozialdemokratische Volksfürsorge, bekämpfen wollen, aber leider bisher sich noch selbst befähigt haben. Der Deutschen Volksversicherung A.-G. hat sich die nationale Arbeiterschaft und die von ihr beeinflussten Organisationen angeschlossen. Den „Öffentlichen“ scheint mehr der Mittelstand und vor allem die Landwirtschaft zuzunehmen. So sehen wir auch hier wirtschaftliche und politische Unterströmungen, die ein Zusammenarbeiten bisher verhindert haben.

Es war ein außerordentlich geschickter Schachzug des Geheimrats Kapp, des Vorsitzenden des Verbandes der „Öffentlichen“, daß er sich an die öffentlichen Sparkassen zwecks Zusammenarbeitens wandte, und der Deutsche Sparkassenverband hat am 6. Dezember die Gemeinsamkeit ihrer Interessen durch einen einstimmigen Beschluß bestätigt, der in folgenden Leitsätzen des Geheimrat Büchting seinen Ausdruck findet:

Die Lebensversicherung ist eine besondere Art des Sparens. Die Volksversicherung als Lebensversicherung der minder bemittelten Volksschichten fällt also in das Gebiet der Aufgaben, an deren Lösung die öffentlichen Sparkassen seit vielen Jahrzehnten mit bestem Erfolge arbeiten. Daraus ergibt sich, daß die öffentlichen Sparkassen an der Durchführung der Volksversicherung mitzuarbeiten haben und zwar, da sie unter den heutigen Verhältnissen die Volksversicherung nicht selbst durchzuführen vermögen, durch Unterstützung der Einrichtungen, welche die Volksversicherung betreiben.

Von diesen Einrichtungen sind die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten diejenigen, welche hinsichtlich Organisation, Betrieb und Vertrauen bei der Bevölkerung den öffentlichen Sparkassen am ähnlichsten sind. Ihr gleichartiger Aufbau auf kommunaler Grundlage sichert beiden eine Gleichmäßigkeit der Auffassung hinsichtlich der Lösung der Aufgaben im eigennützigen Sinne zum Wohle

der gesamten Bevölkerung unter Ausschaltung aller politischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Gegensätze.

Die Unterstützung der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten durch die öffentlichen Sparkassen erfolgt am besten durch Abschluß eines Vertrags zwischen Beiden, durch welchen unter Beseitigung jeden Konkurrenzgedankens Umfang und Art der Unterstützung festgelegt werden soll. Dabei ist der Grundsatz zu wahren, daß die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten den öffentlichen Sparkassen eine entsprechende Gegenleistung für die Ausgaben und Mühewaltung zuteil werden lassen, welche diesen durch die Lösung der Aufgaben jener entstehen.

Der Abschluß eines solchen Vertrages ist zunächst den beiderseitigen Unterverbänden zu überlassen, worauf dann die einzelnen Sparkassen sich darüber schlüssig zu machen haben, ob sie auf Grund dieses Vertrages der provinziellen Lebensversicherungsanstalt Kunden zuführen wollen. Die Sparkasse muß sich hierbei sagen, daß der Teil der Spareinlagen, der von dem Sparer zur Zahlung der Prämien verwandt wird, ihr verloren geht. Andererseits liegt in der Prämienzahlung, weil sie fortlaufend ist, ein Zwang zum Sparen und damit ein Moment, daß die Sparkassen als Förderer des Sparbetriebs in der Bevölkerung ganz besonders begrüßen müssen. Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß insbesondere Jugendsparkassen, wie sie im Anschluß an die staatliche Jugendpflege jetzt überall entstehen, diesen Sparzwang kaum entbehren können, weil es hierbei besonders darauf ankommt, die oft wetterwendliche Jugend zum dauernden Sparen erst zu erziehen. Deshalb wird gerade die Jugendpflege die Vereinbarung zwischen Sparkasse und Versicherungsanstalt ganz besonders gern sehen. Nur wird es hierbei darauf ankommen, daß die besonderen Interessen der Jugendlichen, die nicht so sehr auf eine Lebens-, sondern auf eine Erlebensfallversicherung — Militär-, Aussteuer-, Ausstattungsversicherung — geben, gewahrt werden.

Der springende Punkt bei dem Vertragsabschluß zwischen Sparkassen und Versicherungsanstalt wird aber immer der bleiben: wie kann die Sparkasse dafür, daß sie ihr Beamtenpersonal mit all dem Vertrauen, welches es in der Bevölkerung genießt, der Versicherungsanstalt zur Verfügung stellt, und dafür, daß es sich zunächst gewisser Spareinlagen selbst begibt, von der Versicherungsanstalt entschädigt werden? Bei den Verhandlungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Entschädigung in der Oberlassung des von der Versicherungsanstalt durch die Prämienzahlung angesammelten Kapitals bestehen soll. Da die Sparkassen der Provinz nicht zu einem Institut zusammengeschlossen sind, so entsteht zunächst die Frage, welcher Teil dieses Kapitals entfällt auf die einzelne Sparkasse? Ferner, welcher Betrag darf vorher von der Versicherungsanstalt für Verwaltungskosten und Rückprämien von dem Kapital in Abzug gebracht werden? Und endlich, zu welchem Zinsfuß wird das Kapital der Sparkasse überlassen? Bekanntlich ist der Zinsfuß unter den Sparkassen nicht gleich. Er kann deshalb auch für das zu überlassende Kapital nicht einheitlich festgesetzt werden, ohne die eine Sparkasse zu schädigen und die andere zu sehr zu unterstützen. Auch wird der Zinsfuß des Kapitals ganz ähnlich der der Sparkassen variabel gestaltet werden müssen.

Man sieht also, es sind noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn es zu einem beide Teile befriedigenden Vertragsabschluß kommen soll. Daß dieser aber zustande kommt, erscheint wünschenswert, denn einmal ist es fraglich, ob die Deutsche Volksversicherung A.-G. überhaupt eine Sparversicherung einrichten kann und wird, und sodann liegt darin, daß sich die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten wie die öffentlichen Sparkassen auf die Kommunen stützen, eine sichere Gewähr dafür, daß die oft verschiedenen Interessen der einzelnen Landesteile die genügende Berücksichtigung finden.

Öffentliche Finanzen.

Japanische Anleihen.

Der Gehilfe des japanischen Finanzministers erklärte im Unterhause, daß die Anleihen nach dem russischen Kriege von 600 Mill. Yen auf 2,5 Milliarden Yen angewachsen seien, von denen 1,700 Millionen Yen für unproduktive Zwecke verausgabt seien. Die Regierung hofft, in 20 Jahren letztere zu tilgen, indem sie ständig die Tilgungsquote erhöht.

Anleihe der Stadt Offenbach am Main.

Auf Grund eines Prospektes sind Mark 7.— Millionen 4prozentiger vom Jahre 1920 ab rückzahlbarer Anleihe der Stadt Offenbach am Main zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden. Es ist dies ein Teilbetrag der insgesamt 14 Mill. M. betragenden Anleihe, deren Erlös für Hoch- und Tiefbauten, zur Erweiterung des Elektrizitätswerkes, des Gas- und Wasserwerks, zum Bau einer Ueberlandzentrale, einer Industriebahn usw dienen soll. Die Anleihe wird

vom 1. September 1920 spätestens bis zum Schlusse des Jahres 1960 mit wenigstens 2 Prozent des Aktienkapitals getilgt. Der Stadt bleibt das Recht vorbehalten, vom 1. September 1920 eine stärkere Tilgung einzutreten zu lassen oder die noch im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen mit vierjähriger Kündigung auf einmal zu kündigen.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Frankfurter Aktienbörse.

Frankfurt a. M., 10. März. Die Erörterungen über die deutsch-russischen Beziehungen hielten das Publikum an einer Beteiligung im Börsengeschäft zurück. Die im Verhältnis bessere Stimmung des New Yorker Marktes brachte keine Anregung. Die amerikanische Kupferstatistik gab Anlaß zur besseren Tendenz einzelner amerikanischer Werte. Der befriedigende Abschluß des Norddeutschen Lloyd kam nicht recht zur Geltung. Angenehm berührte die Erhöhung der Dividende von 7 auf 8 Prozent. Man bemängelte aber, daß die Gesellschaft über die Aussichten keine Andeutung gemacht hat. Man ist der Ansicht, daß mit der rückgängigen Konjunktur auch die Tätigkeit des Großschiffahrtsgewerbes eine Abschwächung erfahren hat. Der Ausweis der Reichsbank hat einen kräftigen Rückfluß gebracht, was auf den Geldmarkt einen guten Einfluß ausübte. Was die Einzelheiten betrifft, so zeigten Bankaktien ein ruhiges Aussehen. Das Kursniveau erfuhr eine geringe Veränderung. Heimische Banken konnten sich ziemlich gut behaupten. Petersburger Internationale konnten sich etwas befestigen. Von Transportwerten sind Baltimore ruhig, Lombarden abgeschwächt, Schantung preisstabil. Die neuerlich drohenden Schwierigkeiten in den Poolverhandlungen hemmten den Geschäftsverkehr in Schiffahrts-Aktien. Norddeutscher Lloyd zeigte bei Eröffnung ziemlich feste Haltung. Die Kurse stellten sich auf 124%. Schuckert mäßig höher, auch Siemens-Halske etwas lebhafter. Am Montanaktienmarkt ist eine ungleichmäßige Tendenz zu konstatieren. Phoenix, Geisenkirchener unverändert, Bochumer fester, auch Deutsch-Luxemburger anziehend, dagegen Harpener abgeschwächt. In heimischen Anleihen blieb das Geschäft still. Mexikaner, sowie auch Sao Pauloanleihen sind schwächer. Bemerkenswerte Kursveränderungen der übrigen fremden Renten sind kaum zu verzeichnen.

Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung still.

Auf ruhigere politische Auffassung zeigt die Börse im weiteren Verlaufe beständige Tendenz bei allerdings sehr stillem Geschäft. Von chemischen Werten notierten Scheideanstalt 2,5 Prozent höher, dagegen Höchster Farbwerke 2 Prozent niedriger, Naphta Nobel büßten 4 Prozent ein. Maschinenfabriken ziemlich gut behauptet. Der Schluß gestaltete sich mangels Anregung ruhig. Die Kursbewegung beschränkte sich auf einzelne Papiere. Montanwerte schwächten sich wieder ab. 3 und 3½ Prozent preussische Anleihe und Reichsanleihe schwächer.

Es notierten: Kreditaktien 206, Diskonto Kommandit 197,25, Dresdner Bank 153%, Staatsbahn 155,50, Lombarden 22, Baltimore 88%, Privatkonto: 3¼ Prozent.

Frankfurt a. M., 10. März. Vom 11. ds. Mts. an gelangt die Sprozentige ab 1920 rückzahlbare Anleihe der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals W. Lahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M. zur Notierung. Lieferung per Kasse in definitiven Stücken. Zinsen vom 1. Januar 1914. — Vom 11. d. Mts. an werden die Aktien der Badischen Bank ex. Dividendenkupon Nr. 43 notiert. (8%).

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 10. März. Obwohl die politische Verstimmung von gestern einer weitaus ruhigeren und mehr nüchternen Betrachtung gewichen war, dauerte die Geschäftsunlust der geschäftsverdrungenen Kreise doch unverändert an. Selbst der gestrige günstige Reichsbankausweis und der befriedigende Abschluß des Norddeutschen Lloyd, der allseitig Anerkennung fand, gingen spurlos an der Börse vorüber. Ein Angebot des Privatpublikums lag nicht vor, so daß die Spekulation, die sich gestern überwiegend nach unten engagierte, zu Declungs- und Rückfluten schwellen mußte. Auf dem Montanmarkt kam eine überwiegende Kursbesserung zur Geltung; Bochumer, Geisenkirchener und Phoenix notierten höher, auch auf dem Elektromarkt betrug die Besserungen für führende Werte bis zu 1 Prozent.

Die hohen Anfangskurse konnten sich aber nicht behaupten. Die Glattstellungen erfolgten im Zusammenhang mit den Preisermäßigungen auf dem belgischen Eisenmarkt allgemein und der Verkehr wurde dadurch ein wenig schleppend. Nur die Lieblingspapiere der Spekulation wie Hansa und Canadas waren vorübergehend Gegenstand des Interesses. — Tägliches Geld 3 Proz. und darunter. Sätze der Seehandlung unverändert.

In der zweiten Stunde waren bei leichten Schwankungen besondere Veränderungen nicht festzustellen. Konkordia Bergbau notierten im freien Verkehr auf eine angeblich im Zug befindliche Interessengemeinschaft mit der Rombacher Hütte 10 Prozent höher.

In der dritten Börsenstunde veränderte sich der Kursstand nur wenig. Hansa gaben erheblicher nach, dagegen tendierten Canada fester. Der Kassamarkt der Industriepapiere ließ bei stillem Geschäft nur unbedeutende Kursveränderungen erkennen.

Privatkonto 3¼ Proz. bzw. 3% Proz.

Emissionen, Gründungen und Kapitalveränderungen.

Badische Maschinenfabrik und Eisenglosserei vorm. G. Scheid u. Scheid & Neß, Bursfelde.

Bekanntlich hat die Generalversammlung vom 14. November 1913 die Erhöhung des Grundkapitals der genannten Gesellschaft von M. 1 500 000.— auf M. 2 000 000.— mittels Ausgabe von 500 neuen auf den Inhaber lautenden Aktien zu je M. 1000.— beschlossen. Die neuen vom 1. Juli d. Js. ab dividendenberechtigten Aktien wurden von einem Kon-

sortium übernommen, in dessen Namen die Gesellschaft jetzt ihre Aktionäre auffordert, ihr Bezugsrecht bis zum 20. d. Mts. geltend zu machen. Auf je 4 alte Aktien kann bekanntlich eine neue zum Preise von 112 Prozent oder M. 1120.— pro Aktie zuzüglich Schlufschestempel bezogen werden. Bei der Anmeldung, die beim Bankhause Veit L. Homburger, Karlsruhe und bei den Deutschen Effekten- und Wechselbank, Frankfurt a. M. bewirkt werden kann, sind 37 Prozent oder M. 370.— für jede Aktie zu zahlen. Die restlichen 75 Prozent oder M. 750.— für jede Aktie müssen bis zum 30. Juni 1914 bezogen werden.

Handel und Industrie.

Rückgang der Eisengewinnung in Deutschland.

A. C. Im Januar des laufenden und des verfloßenen Jahres verminderte sich die deutsche Roheisengewinnung von 1 611 345 t auf 1 566 505 t und im Februar der Vergleichsperiode ergab sich ein Rückgang von 1 493 877 t auf 1 445 511 t. In den Monaten Januar und Februar der Jahre 1909 bis 1914 entwickelte sich die Produktion, wie folgt:

	Gesamtmenge in Tonnen	
	Januar	Februar
1909	1 021 721	949 667
1910	1 177 574	1 091 351
1911	1 320 685	1 179 137
1912	1 372 749	1 319 827
1913	1 611 345	1 493 877
1914	1 566 505	1 445 511

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergeben sich folgende Zahlen:

	Produktion pro Kopf der Bevölkerung in kg.	
	Januar	Februar
1909	16,13	14,98
1910	18,34	16,97
1911	20,33	18,13
1912	20,86	20,03
1913	24,17	22,38
1914	23,20	21,39

Die innerhalb der ersten beiden Monate produzierte Roheisenmenge erfuhr gegen das Jahr 1913 eine Einschränkung um 93 206 t auf 3 012 016 t.

Verkehr.

Wagenverbrauch der Bayerischen Staatseisenbahnen.

E.-D.	1913		1912
	1913	1912	
Ludwigshafen a. Rh.	837 580	806 563	+3,85%
München	775 660	768 750	+0,91%
Nürnberg	702 407	714 806	-1,68%
Regensburg	591 422	566 192	+4,42%
Augsburg	394 666	396 262	-0,40%
Würzburg	380 246	354 345	+7,30%

Im Eisenbahn-Direktionsbezirk Ludwigshafen a. Rh. (Pfalz) wurden gestellt:

a) an bedeckten Wagen: 1913: 383 112; 1912: 369 412.

Es konnten nicht rechtzeitig gestellt werden: 1913: 2970 Wagen; 1912: 9027 Wagen.

Täglich 1913: 10 Wagen; 1912: 30 Wagen.

b) an offenen Wagen: 1913: 400 713; 1912: 391 326.

Es konnten nicht rechtzeitig gestellt werden: 1913: 736 Wagen, 1912: 20 310 Wagen.

Täglich: 1913: 2 Wagen; 1912: 67 Wagen.

Betriebsergebnisse, Generalversammlungen und Dividenden.

Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., Kostheim.

Wir haben bereits am 7. d. Mts. ausführlich über die Aufsichtsratsitzung der genannten Gesellschaft berichtet. Bekanntlich werden für das abgelaufene Geschäftsjahr bloß 5 Prozent Dividende vorgeschlagen, ein Satz, der wesentlich hinter den Ertragsüberschuss früherer Jahre zurückbleibt (1912: 11 Prozent, 1911: 12 Prozent Dividende). Die auf den 8. April d. Js. in Mainz-Kostheim anberaumte 29. ordentliche Generalversammlung wird sich, laut Inserat in der vorliegenden Nummer, u. a. auch mit der Wahl zum Aufsichtsrat und mit der Wahl eines Revisors zu befassen haben. Zweckes Teilnahme an der Generalversammlung sind die Aktien laut § 14 des Statuts spätestens bis zum dritten Werktag vor der Generalversammlung nicht nur anzumelden, sondern auch zu hinterlegen.

Elektrotechnische Fabrik Rheydt Max Schorck & Co. A.-G., Rheydt.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Das Jahr 1913 kann als normal bezeichnet werden. Wir waren gut beschäftigt. Vor allen Dingen hat es sich gezeigt, daß die von uns in den letzten Jahren vorgenommenen Verbesserungen der Fabrikationsanlagen sich in jeder Beziehung bewährt haben. Wenn daher auch die Preise im allgemeinen immer noch zu wünschen übrig ließen, so ist dieses doch reichlich wieder durch die bessere Fabrikationsmethode eingeholt worden. Auch in diesem Jahre waren es unsere Erzeugnisse für die Textilindustrie, die uns in erster Linie beschäftigt haben. Besonders hatten wir für das Ausland einen großen Teil unserer Herstellung zu liefern. Der Abschluß präsentiert sich wie folgt:

	1913	1912	1911
	M.	M.	M.
Bruttogewinn	353 740	283 436	247 781
Abreibungen	159 296	112 991	81 121
Reingewinn	194 444	170 472	166 660
Desgl. einschl. Vortrag	221 873	198 089	197 992
Die Verteilung soll wie folgt vorgenommen werden:			
Dividende	140 000	140 000	140 000
In Prozent	8	8	8
Rücklagen	25 000	25 000	25 000
Tantiemen	7 458	5 660	5 371
Vortrag	49 415	27 429	27 611

Die Verwaltung bemerkt zu dem Ergebnis, es würde möglich gewesen sein, die Dividende zu erhöhen, sie schlug jedoch vor, diese wie in den letzten drei Jahren wieder mit 8 Prozent zu bemessen und den Ueberschuß auf neue Rechnung vorzutragen. In der Bilanz erscheinen u. a.:

	1913	1912	1911
Bestände	814 547	821 356	681 943
Umlauf in Ausführg.	355 821	396 845	159 601
Debitoren	1 143 185	958 979	936 405
Beteiligungen	150 000	100 000	150 000
Effekten	41 000	9 000	41 000
Kreditoren	889 419	1 016 420	507 013

Das Beteiligungskonto ist 50 000 M. niedriger als im vergangenen Jahre, da die Gesellschaft laut Bericht eine Beteiligung in Höhe von 50 000 M. zum Nennwert wieder aufgegeben hat. Auf Effekten wurden 32 000 M. abgeschrieben. Es betrifft dies verschiedene Effekten, die in letzter Zeit zinslos geblieben sind. Es war zwar begründete Aussicht vorhanden, daß die Erträge in nächster Zeit sich wieder bessern, so daß durch die diesjährige Abschreibung eine stille Reserve für die Zukunft geschaffen wäre. — züglich der Aussichten heißt es: „Die zurzeit vorliegenden Anträge sichern uns für längere Zeit gute Beschäftigung, so daß wir auch für das laufende Jahr auf ein befriedigendes Ergebnis rechnen dürfen.“

Mühlenwerke Gottschalk A.-G., Crefeld.

Das erste volle Geschäftsjahr der am 27. November 1912 gegründeten Gesellschaft, nahm laut Geschäftsbericht 1913, im großen und ganzen einen befriedigenden Verlauf. Die beiden Werke waren voll beschäftigt und die Fabrikate fanden vermehrte ihrer guten Qualität schlanke Absatz. Der Einkauf der kleberreichen Rohware ausländischen Ursprungs gestaltete sich infolge der unsicheren politischen Lage des verlassenen Jahres schwierig, auch belasteten die teure Goldstand und die enorm gestiegenen Preise des Sachmaterials die Kalkulation. Im niederrheinischen Absatzgebiet waren verschiedene Zahlungseinstellungen größerer Mühlenbetriebe zu beklagen, doch sind die Verluste durch entsprechende Rückstellungen voll aufgedeckt.

Einschließlich Vortrag aus 1912 von M. 21 539 und abzüglich Abschreibungen von M. 157 140 beträgt der Reingewinn M. 360 827, woraus 8 Prozent Dividende oder M. 144 000 gezahlt werden. Tantiemen und Gratifikationen erfordern M. 81 682, dem Reservefonds werden M. 18 100 zugeführt und der Rest von M. 117 045 auf neue Rechnung vorgetragen.

In der Bilanz erscheinen Kassenstand, Guthaben bei der Reichsbank und beim Postcheckamt mit M. 83 349, Wechselbestand mit M. 45 886, Debitoren mit M. 739 135, Waren- und Sichtebestand mit M. 2 443 170, Grundstück und Gebäude mit M. 899 500, Maschinen mit M. 1 158 500. Auf der Passivseite sind Kreditoren mit M. 1 254 836 und Aval-Kreditoren mit M. 15 500 verbucht. Neben einem Aktienkapital von M. 1 800 000 werden noch Hypotheken mit M. 1 484 000 ausgewiesen.

Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr werden als normal bezeichnet.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Nachdem wir bereits gestern Abend und heute mittig kurze Notizen über die gestrige Aufsichtsratsitzung gebracht haben, entnehmen wir nunmehr der Köln. Ztg. die gesamten Abschlußzahlen, die wir mit dem Vorjahr vergleichen. Das genannte Blatt schreibt:

„Der in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats vorgelagerte Abschluß des Geschäftsjahres 1913 weist einen Rohüberschuß von rund 61 (i. V. 51,90 Mill. M.) auf. An allen Linien der Gesellschaft konnten Mehrerträge erzielt werden. Dazu kamen betragsmäßige Mehrerträge aus Zinsen und Beteiligungen. Es ist in Aussicht genommen, der am 2. April einzuberufenden Hauptversammlung eine Dividende von 8 Prozent (7 Prozent) vorzuschlagen, nach Vornahme von rund 30,10 (24,20) Mill. Mark Abschreibungen, darunter 6 (4) Mill. Mark Sonderabschreibungen auf Siedampfer, und ferner nach Zuweisungen von 1,38 (1,34) Mill. Mark an den Versicherungsbestand, 825 000 (735 000) M. an die gesetzliche Rücklage, 4,75 (4,55) Mill. M. an den Erneuerungsbestand und 319 000 (389 000) M. für Talonsteuer. Stellt man die wichtigsten Ziffern dieses Abschlusses mit den Ergebnissen der letzten Jahre zusammen, so ergibt sich folgendes Bild (in Mill. Mark):

	1913	1912
Rohüberschuß	61,00	51,90
Abschreibungen	30,10	24,20
Dividende	8%	7%
Versicherungs-Bestand	1,38	1,34
Erneuerungs-Bestand	4,75	4,55
Ordentliche Rücklage	0,82	0,73

Dapach zeigt das Ergebnis des letzten Geschäftsjahres wiederum von einer gedeihlichen Fortentwicklung des großen Schiffsahrtsunternehmens. Nicht nur haben alle von der Gesellschaft betriebenen Linien infolge der günstigen Lage des Frachtmärktes, die während des größten Teils des Berichtsjahres auf den meisten überseeischen Linien der Gesellschaft bestand, Nutzen gezogen, sondern auch aus Zinsen und aus den Beteiligungen war wiederum eine beträchtliche Vermehrung der Gewinne zu erzielen. Wie seit Jahren eine starke Steigerung der Erträge zu beobachten ist, so hat auch das letzte Jahr eine erhebliche Vermehrung des Gesamtgewinns gebracht, und zwar um 0,10 Mill. Mark gegenüber einer Zunahme des Gewinns um 10,36 Mill. M. im Jahre davor. Die Abschreibungen sind, der bisherigen Gepflogenheit der Verwaltung folgend, einer weitern innern Erstarbung der Mittel der Gesellschaft Rechnung zu tragen, wieder in reichlichem Maße bemessen worden, wobei sie die vorjährigen um 5,90 (3,50) Mill. M. übertreffen. Obwohl auch die sonstigen Rückstellungen in ausreichendem Maße erfolgten, konnte die Dividende noch um 1 Prozent auf 8 Prozent erhöht werden, was allerdings nicht überraschend kommt, da man mit einer Dividende in dieser Höhe gerechnet hatte. Mit einer Erhöhung der Dividende konnte in jüngster Zeit um so mehr gerechnet werden, als die Aussichten bezüglich der Erledigung der Streitfragen im Schiffsahrtsgewerbe in günstigerem Lichte als bisher erschienen. Mit den Zuweisungen des vorliegenden Abschlusses erreichen die ausgewiesenen Bestände, Rücklagen, Erneuerungsbestand usw. des Norddeutschen Lloyds eine Höhe von rund 35,20 (28,10) Mill. Mark. Die geldliche Lage der Gesellschaft ist weiter beträchtlich gestärkt worden, indem den laufenden Verbindlichkeiten von insgesamt 24 (21,5) Mill. Mark an Außenständen, Bankguthaben usw. sowie an Vorauszahlungen auf Dampferneubauten 66,4 (39,9) Mill. Mark gegenüberstehen. Gleichzeitig betragen die vor-

ausbezahlen Passagegelder und Vorträge für schwebende Schäden und Wagnisse 19,9 (13,9) Mill. M. Die Gesellschaft verfügte Ende 1913 über verfügbare Mittel im Gesamtbetrag von 62 (51) Mill. Mark. Seit Beginn des neuen Jahres sind weitere Vorauszahlungen auf die noch im Bau befindlichen 17 Siedampfer von zusammen 200 000 Registrieren geleistet, so daß zurzeit nur noch 45,5 Mill. M. an Schiffsbaugeldern einschließlich Einrichtungs- und Ausrüstungskosten vorhanden sind, die bis zum Herbst des Jahres 1915 billig werden.

Zahlungseinstellungen und Konkurse.

Konkurse in Deutschland.

Augustsburg: Bäcker Paul Oswald Richter, Leubsdorf; Berlin: Kaufmann Waldemar Quednau; Charlottenburg: Kaufmann Hugo Benjamin; Kaufmann Richard Krumbek; Apotheker Kurt Vogelgesang; Duisburg: Kaufmann Erich Funk; Eisenach: Schmiedhändler Gottlieb Schmidt; Eberfeld: Landwirt Gustav Wichelhaus, Volkswinkel; Gettorf: Gutsopächter Hans Athen, Hohenstein; Gleiwitz: Seilermeister Georg Fuchs; Cosiun: Kaufmann Leopold Freund; Greiz: Restaurateur Emil Ludwig; Halberstadt: Händler Hermann Dunneberg jun.; Havelberg: Kaufmann H. Wilke, Bredin; Hof: Großhändler Adol. Baderscheider; Kaiserslautern: Philipp Konstant, Papier- und Schreibwarenhandlung; Kassel: Offene Handelsgesellschaft Kasseier Müllwangen und Gerätefabrik Christian Schäfer; Kiel: Tapezier Karl Büchenschuß; Zigarrenhändler Bernhard Deblott; Königstein: Kaufmann Konrad Herr 4., Kellheim; Kottbus: Firma Gebr. Lirsch; Krappitz: Gasthausbesitzer Wilhelm Perschke; Leipzig: Kaufmann Michael Otto Paul Dietz; Magilno: Kaufmann Josef Szeszula; Mühlhausen: Materialwarenhändler Karl Brehm, Horstmar; Nürnberg: Spielwarenfabrikant Armin Koederer; Oppeln: Kaufmann Josef Globisch, Nabel; Peiskretscham: Kaufmann Gustav Jakobus; Potsdam: Monteur Franz Wolff, Nowawes; Rosenberg: Kaufmann Albert Kosiol; Saalfeld: Kaufmann August Müller; Schönau: Mühlenbesitzer Arthur Patting, Altschönau; Striegau: Kaufmann Fritz Lichey; Weißenfels: Kaufmann Friedr. Rösner.

Konkurs Salomon Rittermann Söhne, Krakau.

Der im Januar vorigen Jahres eröffnete Konkurs ist jetzt durch einen außergerichtlichen Ausgleich beendet worden. Trotzdem bereits ein Prozent Zwangsausgleich im Zuge war, gelang es den Bemühungen der Privatbank Gutmann u. Co., Reichenberg, einen außergerichtlichen Ausgleich auf der Basis von 20 Prozent für die Warengläubiger und 25 Prozent für die Geldgläubiger durchzuführen. Die Passiven betragen nahezu 3 1/2 Millionen Kronen.

Warenmärkte.

Landesproduktenbörse Stuttgart.

Börsenbericht vom 9. März.

Auf dem Getreidemarkt sind in abgelaufener Woche keine wesentliche Veränderungen zu verzeichnen; die Angebote vom Auslande waren etwas billiger und die Käufer zeigten weniger Kauflust. Nach guten trockenen inländischen Weizen war wiederum Nachfrage und kamen darin sowohl unter der Woche als auch auf heutiger Börse Abschlüsse zustande.

Wir notieren per 100 Kilogramm frachtparität Stuttgart Getreide und Saaten ohne Sack netto Kassa je nach Qualität und Lieferzeit.

Weizen, württemb.	19,00—20,50	Berast, frankische	17,——18,—
fränkisch	18,50—20,50	ungarisch	00,00—00,00
bayrisch	20,20—21,50	Woldeu	00,00—00,00
Rundweizen	—	Anstaller	00,00—00,00
Wita	22,——23,—	Salzt. pr.	00,00—00,00
Saxonska	22,25—23,75	Festpreis	14,00—14,50
Arlins	22,75—23,45	Mefer, württemb.	—
Now-Az.	00,00—00,00	Je nach Qualität	15,50—17,—
Walla-W.	00,00—00,00	Mefer, Amerikaner	—
Lagun, je	—	russischer	—
nach Saat	00,00—00,00	Mais, Lapata	15,25—15,50
Kassas II	23,75—24,25	Rixel	00,00—00,00
Galliers	00,00—00,00	Yellow	00,00—00,00
Austral.	00,00—00,00	russisch	00,00—00,00
	00,00—00,00	Donna	00,00—00,00
Korzen	12,50—13,50	Koldrops	00,00—00,00
Roggen	16,75—17,50	Talagries	32,25—34,25
	00,00—00,00	Weiß Nr. 5	32,25—34,25
Getreid.	18,00—19,00	„ 1	32,25—34,25
Prater	19,00—19,50	„ 2	31,25—32,75
byerisch	00,00—00,00	„ 3	32,75—34,25
Tauber	17,00—18,—	„ 4	32,25—32,75

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 10. März. Bei mäßigem Geschäft war die Haltung auf dem Getreidemarkt im allgemeinen befestigt. Weizen wurde für ausländische Rechnung in großen Quantitäten aus dem Markt genommen. Für Roggen zeigte sich Deckungsbegehrt; bei Hafer herrschte für bessere Sorten gute Nachfrage. Mais und Rüböl lagen geschäftlos. Das Wetter ist veränderlich.

Londoner Mäckermarkt.

London, 9. März. (W. B.) (Schlußbericht.) Ausländischer Weizen schwach und 3 d niedriger, englischer ruhig, aber stetig. Amerikanischer Mais geschäftlos, Donauer schwach und 3 d niedriger. Amerikanischer Mehl ruhig, aber stetig, englisches stetig. Gerste ruhig und 3 d niedriger. Hafer träge und 3 d niedriger. Wetter: Bedeckt.

Londoner Wollmarkt.

London, 9. März. Angeboten waren 12 700 Ballen, zurückgezogen wurden 200. Die Auktion verlief lebhaft bei strammer Tendenz. Es notieren: Merinos 10 Prozent, Crossbreds allgemein 15 Prozent über der Januarserie.

New-Yorker Produktenbörse.

New-York, 9. März. Baumwolle. Zu Beginn des Verkehrs bewegte sich die Preisgestaltung am Baumwollmarkt in steigender Richtung, da die Kommissionshäuser, besonders per Mai, als Käufer am Markte waren. Vereinzelt wurden dann zwar Abgaben vorgenommen, um weitere Verluste zu vermeiden, doch trat bald auf der ganzen Linie eine Aufwärtsbewegung ein, da Käufe in der Annahme vorgenommen wurden, daß eine Reaktion eintreten werde und gerüchweise verläutete, daß die Basispreise ihre Gewinne sicher stelle. Unter Stützungsakziden der Wallstreetpekulation und Deckungen der Basisiers schloß der Markt in fester Haltung bei Avancen von 11 bis 4 Punkten.

Fachliteratur, fachwissenschaftl. Bildungs- und Vereinswesen.

Vom Journalistenkursus an der Kölner Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung.

W. M. Ein sehr aktuelles Thema, dem Berufskollegen, Verleger und Laien gleich großes Interesse entgegenbrachten, behandelte Chefredakteur Arthur Jung aus Köln in einer zweistündigen Vorlesung an der Kölner Hochschule gelegentlich der Journalistenkurse: „Die Aufmachung der Tageszeitung.“ Herr Jung, der schon im vergangenen Wintersemester an der Kölner Hochschule wöchentlich einmal vor zahlreichen Hörern über die moderne Tageszeitung gesprochen hatte, streifte zunächst kurz die geschichtliche Entwicklung des äußeren Bildes einer Tageszeitung, wobei er einen alten Band der Kölnischen Zeitung aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts als Anschauungsmaterial verwandte. An der Hand zahlreicher Tageszeitungen des In- und Auslandes ging er sodann zum eigentlichen Thema über. Er stellte den in jedem modernen Zeitungsbetrieb geltenden Grundsatz auf, daß der Redakteur — besonders der sogen. Schlüsselfredakteur — die Zusammenstellung des Textes nicht dem Metier überlassen dürfe, sondern selbst Anordnungen zu treffen habe, damit das äußere Bild einer Tageszeitung den modernen berechtigten Ansprüchen des Publikums genüge. Er verurteilte scharf die Durchsetzung des redaktionellen Textes mit Inseraten und betonte mit Recht, daß die Trennung des redaktionellen vom Inseratenteil jedem Leser in die Augen fallen müsse. Eine moderne Zeitung, die vorwärts kommen wolle, müsse den größten Wert darauf legen, daß guter Stoff in guter Aufmachung und übersichtlicher Anordnung geboten werde. Er warnte dabei vor allzu sensationeller Aufmachung, wie sie einige deutsche Zeitungen, besonders aber amerikanische Blätter, beliebten. Abschreckende Beispiele waren an der Wandtafel in zahlreichen Exemplaren aufgehängt die nach der ersten Stunde des Collegs lebhaftes Interesse fanden. Im zweiten Teil der Vorlesung ging Herr Jung auf die Bilderillustration der Tageszeitung ein, wie sie in den letzten Jahren immer mehr Mode geworden sei. Auf diesem Gebiete sei schon sehr viel Gutes, ja Mustergültiges geschaffen worden, doch lasse das Bildermaterial noch manches zu wünschen übrig. Durch diesen neuen Zweig im Zeitungswesen sei ein neuer vielversprechender Beruf, der des Photographen entstanden. Neue ungeahnte Wege weise die Fernphotographie, die eine Umwälzung des ganzen Zeitungswesens bringen könne und werde, wenn sie erst die nötige Vollkommenheit erreicht habe.

Letzte Handelsnachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

(Offizieller Bericht.)

Mannheim, 10. März. Im Verkehr standen heute: Brauerei-Ganter-Aktien zu 85 Proz. und Benz-Aktien zu 193 Proz. Höher gefragt blieben: Westeregeln zu 207,75 Proz., Eichbaum zu 108 Proz., Frankona zu 850 Mark pro Stück und Schinck-Aktien zu 133 Proz.

Von morgen ab gelangen nom. M. 10 000 000 Sproz. hypoth., auf den Inhaber lautende Teilschuldverschreibungen (7000 Stück Lit. A. über je M. 1000 No. 1—7000 und 600 Stück Lit. B. über je M. 5000 No. 1—600, rückzahlbar vom 1. Aug. 1918 ab) der Russischen Aktiengesellschaft Zellstofffabrik Waldhof bei Perna in Livland, ausgegeben unter selbstschuldnerischer Bürgschaft der Zellstofffabrik Waldhof zu Mannheim-Waldhof, zum Handel und zur Notierung.

Nürnberg, 10. März.

Die Nürnberger Lebensversicherungsbank wird wieder 10 Prozent Dividende verteilen. (Fridt. Ztg.)

München, 10. März.

Die Bemühungen, die A.-G. Metzeler u. Co. in München, vor dem Konkurs zu retten, darnen fort. Mit einzelnen Interessenten sind immer noch Verhandlungen in der Schwebe wegen Uebernahme größerer Posten neuer Vorzugsaktien. Eine endgültige Entscheidung über das Schicksal des Unternehmens ist lt. Frid. Ztg. vor morgen nicht zu erwarten. Zum 30. März ist bekanntlich die 13. ordentliche Generalversammlung einberufen worden.

München, 10. März.

Die Bayrische Vereinsbank wird am 1. April die seit dem Jahre 1904 bestehende Bankfirma G. Oettinger in Regensburg übernehmen.

Köln, 10. März.

Im Pachtvertrag der Rombacher Hütte mit der Konkordia Bergbau A. G. ist vorgesehen, daß die Aktionäre der Konkordia Bergbau A. G. in den ersten 10 Jahren 21 Prozent, in den nächsten 20 Jahren 22 Prozent Dividende erhalten, bei Abschreibungen die denen von 1913 entsprechen. Die Rombacher Hütte kann vom 10.—29. Jahre die Konkordia-Aktien zu 375 Prozent einlösen und muß spätestens am 30. Jahre die Einlösung vornehmen. Eine Aufsichtsratsitzung scheint nicht stattgefunden zu haben.

Köln, 10. März.

Der Aufsichtsrat der Konkordia A.-G. in Oberhausen (Rheinland) hat beschlossen, eine Dividende von 23 Prozent wie im Vorjahre zu beantragen.

Dresden, 10. März.

Der Duxer Kohlenverein in Großzössen bei Lobstädt (Sachsen) wird eine Dividende von 10 (15) Prozent ausschütten.

Leipzig, 10. März.

Die außerordentliche Generalversammlung der A. Horchu. Co. Motorwagen-Werke A.-G. in Zwickau genehmigte die Kapitalerhöhung um M. 750 000 auf M. 3 Mill. Die Kapitalerhöhung dient zum

Zwecke einer Betriebserweiterung, insbesondere der Fabrikation und Vertrieb von Kleinautos.

Berlin, 10. März. Die Donnersmark-Hütte A.-G. schlägt bei erhöhten Abschreibungen (i. V. M. 2 Mill.) eine Dividende von 24 Prozent (i. V. 20 Prozent) vor, ferner wie angekündigt, zwecks Deckung der Kosten, der Erweiterung der Anlagen und zu Neuerwerbungen, die Erhöhung des Aktienkapitals um 1/2 des gegenwärtigen Nominalbetrages, also auf 15 138 000 Mark. Die neuen Aktien mit Dividenden sollen ab 1914 im Verhältnis von 5 zu 1 zu ca. 170 Prozent zum Bezuge den Aktionären angeboten werden.

Berlin, 10. März.

Die Dividende der Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hagen wird entgegen der an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchte, daß die Dividende eine weitere Reduktion erfahren soll, 20 Prozent (i. V. 25 Prozent) betragen.

Berlin, 10. März.

Der Berliner Maklerverein verteilt eine Dividende von 5 Prozent (7 Prozent).

Berlin, 10. März.

Die Warenhausfirma Graff u. Heyn in Charlottenburg tritt laut Konfessionär einen außergerichtlichen Vergleich an. Die Passiven betragen M. 2 Mill., worunter Mark 750 000 Warenschulden sind.

Berlin, 10. März.

Die „Adler“ Deutsche Portlandzementfabrik A. O. in Berlin verteilt für 1913 bei Abschreibungen von Mark 772 593 (i. V. M. 589 764) eine Dividende von 6 Proz. (i. V. 6 Proz.). Vorgefragt werden Mark 539 379 (i. V. M. 259 830).

Stettin, 10. März.

Die Stettiner Rückversicherungs A.-G. in Stettin schlägt 18 Prozent wie im Vorjahre vor. (Fridt. Ztg.)

Schiffahrts-Nachrichten vom Mannheimer Hafenverkehr.

Hafenbezirk Rheinan.

Angelommen am 9. März.

„Hoffnung“, Müßig, von Ruhrort, 7200 dz Steinkohlen und Koks.
„Bosporus“, Weißbart, v. Walsum, 12500 dz Kohl.
„Eintracht“, Herrmann, v. Neuß, 5000 dz Steinkohlen und Koks.
„Wilhelmine“, Karbach, v. Duisburg, 14200 dz Kohlen.
„Werner“, Philippin, v. Duisburg, 15200 dz Kohl.
„Wilhelmina“, Zeres, v. Duisburg, 6000 dz Kohl.
„V. F. Reederei 4“, Kübler, v. Duisburg, 9000 dz Kohlen.

Ueberseische Schiffs-Telegramme.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Dampferexpeditionen in der Zeit vom 7.—14. März.

Ab Bremerhaven: D. Kronprinzessin Cecilie 10. März nach Newyork über Southampton-Cherbourg. D. Andromeda 10. März nach Cuba. D. Oniscinau 11. März nach Australien. D. Helgoland 11. März nach Ostasien. D. Breslau 12. März nach Baltimore und Galveston. D. Barbarossa 14. März nach Newyork. Ab Baltimore: D. Olivant 7. März nach Bremen. Ab Alexandrien: D. Schleswig 8. März nach Venedig über Korfu. Ab Newyork: D. Kaiser Wilhelm II 10. März nach Bremen über Plymouth und Cherbourg. Ab New Orleans: D. Frankfurt ca. 11. März nach Bremen. Ab Alexandrien: D. Prinzregent Luitpold 11. März nach Marseille über Neapel. Ab Marseille: D. Prinz Heinrich 11. März nach Alexandrien über Neapel. Ab New York: D. Scharnhorst 12. März nach Bremen. Ab Kobe: D. Coblenz 12. März nach Sydney über Honkong und Neu-Guinea. Ab Newyork: D. Berlin 14. März nach Genua über Gibraltar, Algier und Neapel. Ab Venedig: D. Schleswig 14. März nach Alexandrien über Corfu.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;
für Kunst und Feuilleton: Dr. Victor Eckert;
für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung: Richard Schönfelder;
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe;
für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joos;
Druck und Verlag der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H. Direktor: Ernst Müller.

Kreidlich begrüßt man die ersten Knospen,

und die uralte Freude an der Natur treibt die Menschen hinaus aus der Enge der Häuser. Grundlieb aber sollte sein, nicht nur mit Vorliebe zu fliegen, sondern auch die empfindlichen Schmeimhaut der Luftwege gegen krankhafte Reizungen zu schützen, indem man einige von Haus Wodner Mineralwässern mit auf den Weg nimmt. Die Wässern sind angenehm im Geschmack, können in der Anwendung und über in der Strömung. Man faßt sie in allen Apotheken, Drogerien etc. für 80 A. Doch sollte man heil auf den Namen Haas und auf den weißen empfindlichen Kontrollstreifen des Bismutgerührtes und des Gemeinderates an Haas Eden a. Zennel 14780

Minerale auf
schon lange darüber nach, wie sie es ihnen beibringen soll, dass sie gegen Erkältungen nicht erst dann etwas tun, wenn es zu spät ist — haben Sie doch ständig
Eutol-Bonbons
im Hause! Früh genug genommen, können Sie manches Unheil katastrophal dadurch verhindern. Eutol-Bonbons sind jetzt in Bismuthon verpackt u. kosten nur 20 Pf. Achten Sie auf die geschützte Marke „Eutol“, denn oft kommt wird man ihnen minderwertige Bonbons dafür anbieten.

Selbst in Fällen chronischer Tuberkulose empfehle ich Kaffee Hag, den

coffeinfreien Bohnenkaffee, mit auferwöhnlich günstigem Erfolg.

Prof. Dr. Müller, Berlin

(Therapeutische Rundschau 1908, Seite 7)

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Inländische Effektenbörsen.

Mannheim, 10. März

Obligations.

Table of bond prices including Pfandbriefe, Staatsanleihen, and various municipal and industrial bonds.

Aktien.

Table of stock prices for various companies, including banks, industrial firms, and utility companies.

Frankfurt, 10. März

Schlusskurse. (Fortsetzung.)

Aktien Industrieller Unternehmungen

Table of stock prices for industrial companies in Frankfurt.

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligations.

Table of bond prices in Frankfurt, including Pfandbriefe and Prioritäts-Obligations.

Ausländische Effektenbörsen.

Paris, 10. März

Schlusskurse.

Table of foreign stock prices, primarily from Paris.

Wien, 10. März.

Schlusskurse.

Table of foreign stock prices from Vienna.

Schlusskurse.

Table of closing prices for various commodities and currencies.

Liverpool, 10. März.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Liverpool.

Budapest, 10. März.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Budapest.

London, 10. März. (1 Uhr nachm.)

Table of prices for London at 1 PM.

Anfangskurse.

Table of opening prices for London.

Frankfurt, 10. März.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Frankfurt.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Frankfurt.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table of government securities prices.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stock prices.

Berlin, 10. März.

Reichsbankdiskont 4%.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Berlin.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Berlin.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Table of grain market prices in Mannheim.

Berlin, 10. März.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Berlin.

London, 10. März.

Schlusskurse.

Table of closing prices for London.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Table of grain market prices in Mannheim.

Berlin, 10. März.

Anfangskurse.

Table of opening prices for Berlin.

Amsterdam, 10. März

Schlusskurse.

Table of closing prices for Amsterdam.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Telegraphen-Adr. Margold. Fernspr. Nr. 30, 1037, 6439

10. März 1914. Provisionstabelle

Table of commodity prices and exchange rates for Marx & Goldschmidt.

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preussische)

Klassen-Lotterie

Text describing the lottery draw and ticket information.

Gr. Bad. Lotterie-Gutjahr, Mannheim

Einnehmer. Tel. 1985. 99007 B 6, 25.

New-York, Lebens-Vers.-Ges.

errichtet 1845. In Europa seit 1870.

Versicherungsbestand 31. Dezember 1913 über 25007

Milliarden Mark

Prospekte und Berechnungen unentgeltlich und unverbindlich durch General-Vertreter:

Direktor A. Gutjahr, Mannheim Tel. 1985.

Zu den hier abgebildeten Modellen sind die Zeichnungen zugehörig

Butterick's Schnittmuster

nach denen jede Dame ohne Schwierigkeit ihre Garderobe selbst anfertigen kann, erhältlich bei:

Hirschland.

MODEN-REVUE

Bei Bestellung von:

Butterick's Schnittmuster ist genaue Angabe der Taillenweite, Hüftenweite und Oberweite erforderlich. Alle Zusätze wie: Besätze, Spitzen, Schneiderei-Artikel, Seidenstoffe etc. sind bei uns bekannt billig erhältlich.

Hirschland.

Das elegante Kinderkleid.

Der Begriff elegantes Kinderkleid ist naturgemäß sehr verschieden: Was dem einen als sehr reizvoll und äußerst zierlich, ja luxuriös bedünkt, kommt dem anderen ganz vernünftig vor.

Wie auf allen modischen Gebieten, so haben sich auch auf dem der Kinderkleidung die Begriffe gegenüber jenen, die vor fünfzig Jahren herrschten, verschoben. Vor allem ist folgendes zu konstatieren: das Kinderkleidchen aus Seidenstoff, das vor etwas vierzig Jahren fast als lächerliche Eleganz galt, wird heute nicht als etwas Exzeptionelles betrachtet. Und tatsächlich hat auch der Gedanke, ein Kind in Seide zu kleiden, bei der aktuellen Machart des Kinderkleides, bei dem oft stammend billigen Angebot von Seidenresten guter Qualität, bei der allgemeinen, gegenüber früheren Zeiten so ungleich größeren Verbreitung von Seidenstoffen jeglicher Art, jeden Schimmer von Lächerlichkeit oder Prozedentum eingebüßt.

Selbstredend ist es, daß bei der Stoffwahl der Zweck genau im Auge zu behalten ist. Seidentafschmir oder Albertiseide, in weiß oder sogenannten „artistic colours“ eignet sich vor allem für das elegante Tanzstunden- oder Kränzelspielkleidchen. Ferner ist am Platze jede Pongeseide und gute Japonseiden, weiter die jetzt für Blusen so beliebten guten Qualitäten von weißen Waschseiden, Crêpe de Chine und alle Arten von Seidentrepp, in halb sowie ganz feiner Qualität.

Als sehr gut geeignet sind ferner die mit Streublümchen oder im Genre „toile de Jouy“ bedruckten Japon- oder Lufforsetiden zu bezeichnen.

allerdings entzückend sind. Immerhin läßt sich der Luxus erschwingen, wenn man das Kleidchen z. B. aus grau-rosa, blau-gelb changierendem Kasch selber herstellt, denn es ist nicht der Stoff, der so teuer bewertet wird, sondern die Arbeit, die fast durchweg mit der Hand auszuführen ist.

M. v. Gutner.

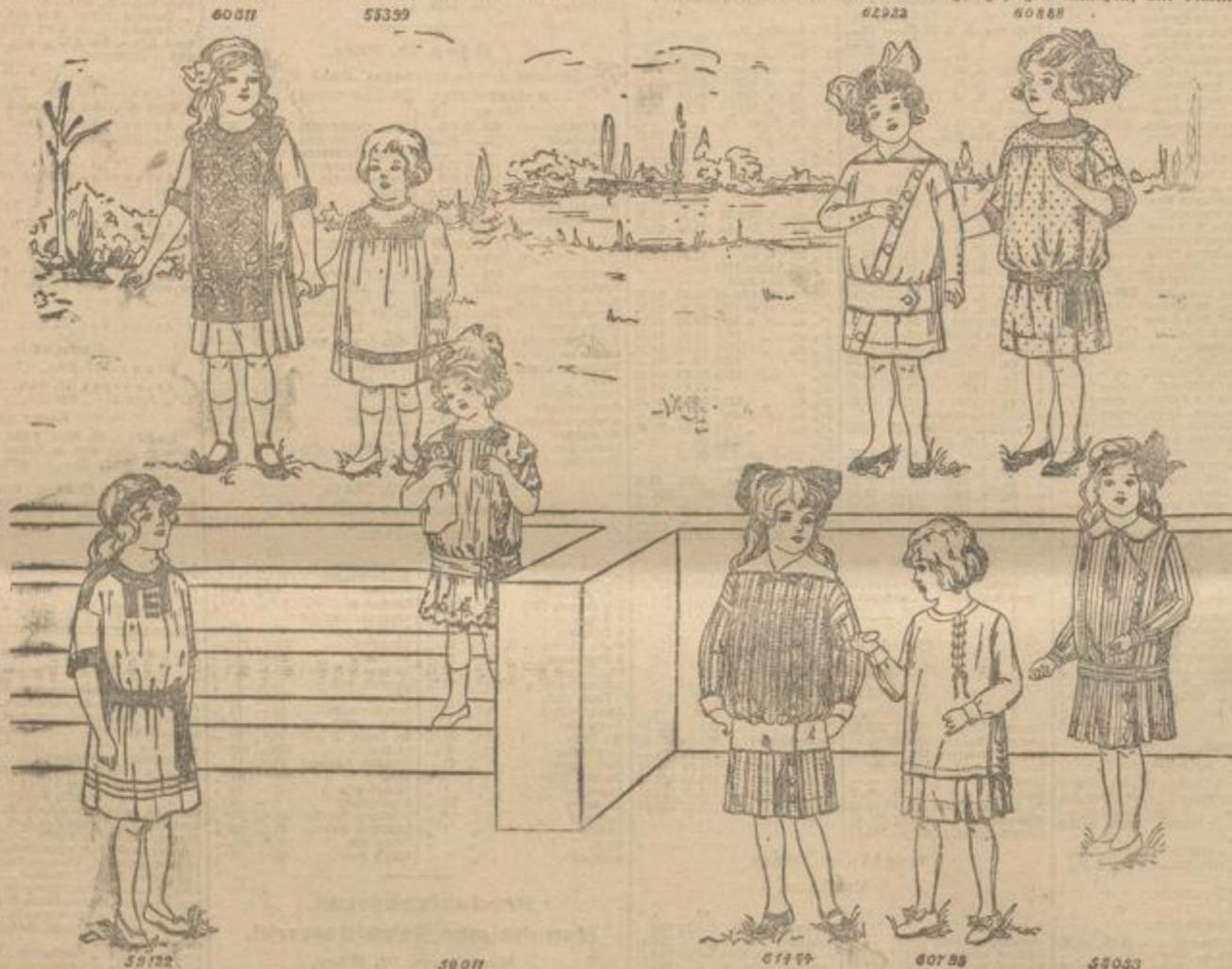
Beschreibung zu unseren Abbildungen.

60611. Kleid für kleine Mädchen: hochgeschlossen oder mit kleinem Halsausschnitt, mit einnähtigen Ärmeln, die in ein etwas ausgerundetes Armloch gefügt werden, mit oder ohne Überbluse und mit einem angefügten gefältelten oder eingereichten Rock. 7 Größen: 2-8 Jahre. Für 5 Jahre: 1,85 m Stoff 100 cm breit für das Kleid und die Ärmeln, 1,15 m Spitzenstoff 46 cm breit für die Überbluse.

60998. Kleid für Mädchen: lose oder glatt in den Ärmeln geschnitten, mit Kastenverschluss und mit zweierlei Arten von langen oder kurzen Ärmeln und mit einem eingereichten Rock. Verzieren nach Butterick's Plättmuster 10229. 11 Größen: 4-14 Jahre. Für 10 Jahre: 2,90 m Stoff 88 cm breit, 25 cm abschließenden Stoff 70 cm breit zum Vordruck 25 cm Stoff 88 cm breit für die Krausen des Halsausschnittes und der Ärmelanten.

61444. Kastenkleid für Mädchen: lose oder glatt in den Ärmeln geschnitten, hochgeschlossen oder mit Halsausschnitt, mit angefügten Ärmeln und mit zweierlei Arten von langen oder kurzen Ärmeln und einem angefügten, vierreihigen Rock. 11 Größen: 4-14 Jahre. Für 12 Jahre: 3,10 m Stoff 80 cm breit, 80 cm abschließenden Stoff 88 cm breit für den Kragen, Manschetten und Gürtel.

65999. Kleid für kleine Mädchen: hochgeschlossen oder mit vierreihigem Halsausschnitt, mit unien glatten oder mit eingereichten, langen oder kurzen einnähtigen Ärmeln, mit eingeleger Stoffsugabe an den Seiten oder mit abnäherartigen Seitennähten. Das Streumuster ist nach Plättmuster 2654 anzufertigen. 5 Größen: 1/2-4 Jahre. Die Abbildung zeigt das Modell an einem zweijährigen Mädchen, und dementsprechend sind



— sie gefallen mir für Kinderkleidchen besser wie für die der Erwachsenen — und das aus dem triftigen Grunde, als sie sich in ersterem Falle immer, in letzterem nur selten als kleidsam erweisen. Sie haben nebenbei den Vorteil, recht praktisch zu sein, dank des „gedeckten“ Grundes, der naturfarben oder in bunten Mittelönen gewählt wird: resedagrün, kobaltblau, lila usw.

Alle gestreiften, gehärteten großkarrierten Seidenstoffe sind ungeeignet. Sogar die als große Neuheit zu betrachtenden blau-grünen, schottischen Seidenstoffe wollen mir nicht recht zum kurzen Kleidchen gefallen.

England, das für seine Kindermoden immer noch seinen traditionellen guten Ruf bewahrt hat, kultiviert mit stets gleicher Liebe das Hängerkleidchen aus den in so unendlich reicher Farbauswahl vorzüglichen Schantungseiden, die ohne jeglichen Aufputz getragen werden, in der traditionellen Verarbeitung. Diesen Kleidchen — obwohl sie aus Seidenstoff sind — kann niemand allzu großen Luxus nachsagen, denn sie lassen sich sehr gut reinigen, viel besser als z. B. welke Wollkleider.

Sehr luxuriös sind Kleidchen aus Seidenwolle und zwar deshalb, weil sie erstens kein oft wiederholtes Reinigen vertragen, weil sie zweitens um ein Nichts zerreißen, weil sie drittens einer sehr geschickten Hand zur Anfertigung bedürfen.

Als wirkliche Luxuskleidchen müssen auch Kaschkleidchen bezeichnet werden, die in ihren antiken Söhnen mit den aus Stoff gearbeiteten archaischen Röschchen, die sie garnieren und ihrem Kokettieren mit allen Formen,

die folgenden Maße zu berechnen: 1,60 m Stoff 88 cm breit, mit 1,15 m Spitze und 8,20 m Umrah. Nach Plättmuster 10404 m verzieren.

60122. Gefälteltes Kleid für Mädchen: mit ausgefädeltem oberem Teil der Ärmel, einem angefügten, eingereichten Rock und mit oder ohne Schulteransatz des Kastenreiffens. Das Stickermodell ist nach Plättmuster 10278, die Vorderseite nach 10400 anzufertigen. 9 Größen: 6-14 Jahre. Dem Bilde entsprechend berechnet man für 9 Jahre: 1,95 m Stoff 100 cm breit, 45 cm Stickerstoff 56 cm breit zum Besatz.

60788. Kleid für kleine Mädchen: bestehend aus einer Matrosenbluse, die über den Kopf gezogen wird, und aus einem eingereichten oder gefältelten, an eine Unterweite angefügten Rock. Der Bodentrand ist nach Butterick's Plättmuster 2886 anzufertigen. 9 Größen: 2-10 Jahre. Der Abbildung entsprechend braucht man für ein vierjähriges Mädchen: 1,60 m Stoff 110 cm breit, mit 25 cm abschließenden Stoff 110 cm breit.

60922. Kastenkleid für größere oder kleinere Mädchen: hochgeschlossen oder mit Halsausschnitt, mit langen oder kurzen Ärmeln und mit Gürtel. Der Bodentrand ist nach Butterick's Plättmuster 10229 anzufertigen. 13 Größen: 2-14 Jahre. Dem Bilde entsprechend berechnet man für 4 Jahre: 3,20 m Stoff 70 cm breit und 60 cm abschließenden Stoff 70 cm breit für Gürtel und zugefügten Kragen.

60611. Kleid für kleine Mädchen: vorn und hinten gefaltet oder eingereicht, hochgeschlossen oder tragelins oder mit vierreihigem Halsausschnitt, mit zweierlei Arten von langen, einnähtigen Ärmeln oder mit kurzen Ärmeln, mit oder ohne Vordruck und mit einem angefügten, geraden Rock. 7 Größen: 2-8 Jahre. Dem Bilde nach braucht man für ein dreijähriges Mädchen: 2,30 m Vordruckstoff 20 cm breit für den Rock und die Ärmel, 1,60 m Spitze 12 cm breit für die Vordrucke, 80 cm Stoff 88 cm breit für die Bluse und 70 cm Umrah.

60933. Blusenkleid für kleine Mädchen: mit langen, unien glatten oder eingereichten oder mit kurzen Ärmeln und mit einem gefältelten oder eingereichten Rock. Das Stickermodell in der rechten Vorderansicht ist nach Plättmuster 10300 und der Bodentrand nach 2719 anzufertigen. 7 Größen: 2-8 Jahre. Dem Bilde entsprechend braucht man für ein Kind von 5 Jahren: 3,10 m Stoff 70 cm breit u. 25 cm abschließenden Stoff 80 cm breit für den Kragen.

Modell nach mit Ausdrucksweise versehen.

LXXIX

Hamburger Engros-Lager M. Hirschland & Co., Mannheim an den Planken.

Die Hamburger Engros-Lager bilden eine Vereinigung von ca. 200 gleichartigen Geschäften zu gemeinsamen Einkauf, unsere Umsätze sind die weitans größten Deutschlands, unsere Leistungsfähigkeit wird daher nicht nochmals erreicht.

